

KARAWANE MÜNCHEN

Für die Rechte der Flüchtlinge und Migrant*innen



Die zweiten 10 Jahre

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	1
Das Jahr 2008	2
Das Jahr 2009	4
Noborder Camp Lesbos 2009	6
Besuch im Flüchtlingslager Schöllnstein: Ein Paradebeispiel bayerischer Isolationspolitik	8
Botschaftsanhörungen	10
Das Jahr 2010	13
Interview mit Lamine	14
Return to Sender! Essenspaketeboykott	14
Das Jahr 2011	16
Für ein Recht auf Migration – nach und in Europa!	21
Das Jahr 2012	23
Interview mit Arash, Refugee-Aktivist aus München	26
Das Jahr 2013	31
About Karawane München by Akeem, Activist of the Lagerlandnetwork	33
Das Jahr 2014	35
Gesetzesverschärfungen nach dem Sommer der Migration	36
Das Jahr 2015	38
Interview mit Arezu, Hazara Organisation in Bayern	40
Das Jahr 2016	41
In Erinnerung an Michi Berger	43
Abschiebelager in Bayern und Protestcamp Bamberg	44
Das Jahr 2017	47
Mamah Idouwou zum 20. Geburtstag der Karawane	49
Sans Papiers, Bleiberechtskämpfe, Lagerstreiks	51
Ein subjektiver und kritischer Ein- und Ausblick in die gegenwärtige aktivistische Praxis	55

Einleitung

Liebe Leser*innen,

vor zehn Jahren schrieben wir an dieser Stelle: »Die Aktivist*innen der ersten Stunde hätten wohl kaum zu hoffen gewagt, jemals eine Broschüre mit dem Titel – die ersten zehn Jahre – in den Händen zu halten«. Dieses Jahr kann die Karawane München sogar ihr zwanzigjähriges Bestehen feiern! Leider sind die meisten Aktivist*innen aus den Gründungsjahren nicht mehr aktiv dabei, aber manche sind dabei geblieben und es sind immer wieder neue Leute zur Gruppe gestoßen, die wir für unsere Utopie einer offenen und solidarischen Gesellschaft gewinnen konnten.

Es ist alles andere als selbstverständlich, dass eine antirassistische politische Gruppe auf eine so lange und bewegte Geschichte zurückblicken kann – und immer noch aktiv ist.

Hinter uns liegen zehn Jahre, in denen sich im Bereich der Asyl- und Migrationspolitik enorm viel verändert hat und unsere aktivistische Arbeit von großen Umbrüchen gezeichnet war. Es gab in diesen Jahren in vielen Teilbereichen – wie dem Kampf gegen Residenzpflicht und Essenspakete – Erfolge zu feiern, beeindruckende, kraftvolle Proteste zu sehen und solidarisches Miteinander zu erleben. Dennoch erleben wir derzeit einen massiven gesellschaftlichen Rechtsruck, der die Positionen in der Asylpolitik kontinuierlich repressiver macht und zu einer breiten Entsolidarisierung geführt hat, auch bei vermeintlich linken Kräften. Die deutlich stärkere öffentliche Wahrnehmung der Flüchtlingsthematik im Zuge der beeindruckenden praktischen Überwindung des europäischen Grenzregimes durch die Bewegung der Migration im Sommer 2015 sowie schnell aufeinander folgenden Asylrechtsverschärfungen und rassistische Hetze, haben die Bedingungen deutlich erschwert, emanzipatorische Inhalte im öffentlichen Diskurs stark zu machen und zu massiven Verschlechterung der Lebenssituation schutzsuchender Menschen in Deutschland geführt. Umso wichtiger ist kontinuierliche antirassistische Arbeit in Solidarität mit den Betroffenen – und deshalb machen wir weiter: Wir treten dafür ein, dass alle Menschen dort

leben können, wo sie möchten und ein freies, selbstbestimmtes Leben mit gleichen politischen und sozialen Rechten führen können. Unsere Aktionen gelten dem Kampf gegen die fortlaufende Entrechtung von Geflüchteten in der EU, Deutschland und speziell in Bayern durch das europäische Grenzregime, den gewaltsamen Ausschluss von Menschen durch Abschiebungen und der rassistischen Diskriminierung Geflüchteter in jeder Form.

Mit dieser Broschüre wollen wir euch einen Überblick über unsere Aktivitäten und Kämpfe der letzten zehn Jahre geben. Wir können sicherlich nur einen subjektiven und unvollständigen Überblick bieten, vor allem über die Kämpfe, die aus anderen Zusammenhängen organisiert wurden. Dennoch wollen wir den Versuch unternehmen, die Kontinuitäten antirassistischer Kämpfe in München und darüber hinaus aufzuzeigen und die Protagonist*innen selbstorganisierter Proteste selbst zu Wort kommen lassen.

Eine große Veränderung gab es im letzten Jahr bezüglich des Ortes für unser Gruppentreffen. Nach über fünfzehn Jahren im Eine-Welt-Haus sind wir in das Bellevue di Monaco in der Müllerstraße umgezogen. Wir freuen uns sehr über unsere neue Bleibe, aber möchten uns an dieser Stelle noch einmal ganz herzlich bei Sarah, Josef und allen Mitarbeiter*innen der Weltwirtschaft für die vielen schönen Abende in all den Jahren bedanken!

Wir laden alle Interessierten ein, sich uns anzuschließen im Kampf gegen Rassismus, Ausgrenzung, Abschiebungen und rechtliche Diskriminierung und für eine Gesellschaft der grenzenlosen Solidarität.

Viel Spaß beim Lesen wünscht euch die

Karawane München

Für die Rechte der Flüchtlinge und Migrant_innen!

2008

Für die Karawane beginnt das Jahr 2008 mit einem Treffen in Hamburg. Im Sommer 2007 hatte die Jubiläumsfeier zum zehnjährigen Geburtstag der Kampagne *kein mensch ist illegal* in München stattgefunden. Beim anschließenden Weißwurstfrühstück an der Isar gab es eine lose Vereinbarung, 2008 endlich wieder ein no border camp in Deutschland zu organisieren. Das letzte Camp hatte 2003 in Köln stattgefunden. Im Januar 2008 kam es zu einem ersten Vorbereitungstreffen in Hamburg. Ab dann war die Karawane, teilweise mit bis zu 12 Personen, maßgeblich an der Vorbereitung beteiligt.

Im April feiert die Karawane München ihren zehnjährigen Geburtstag. Auf dem Jubiläumskonzert im Feierwerk wird erst die Zehn-Jahres-Broschüre vorgestellt, dann wurde mit Microphone Mafia, Mal Élevé von Irie Révoltés und Chimi Churri gefeiert. Ebenfalls im April beginnen Protestaktionen gegen die drohenden Abschiebungen von kurdischen Aktivist*innen unter dem Motto *Aktion Flüchtlinge*. Auftakt ist eine Kundgebung am Stachus am 30. April. Einer der Betroffenen hatte schon seit 27 Jahren in Deutschland gelebt. Er hatte wegen Unterstützung der PKK sein Aufenthaltsrecht verloren. Die rechtlichen und politischen Auseinandersetzungen zogen sich noch viele Jahre hin. Letzten Endes konnten alle, die sich gegen ihre Abschiebung wehrten, auch bleiben.

Knapp 80 Menschen waren bei der Refugee Rights Conference des *Deutschland Lagerland*-Netzwerks, die vom 25. bis 27. Juli auf der Burg in Nürnberg stattgefunden hat. Es ging um Austausch über die Zumutungen des Lagersystems und der deutschen Flüchtlingspolitik, aber auch über Möglichkeiten des Kampfes für das Recht auf ein menschenwürdiges Leben. Die meisten Teilnehmer*innen kamen aus Flüchtlingslagern, die über ganz Bayern verstreut liegen, auch aus Baden-Württemberg und Thüringen waren Aktivist*innen angereist. Vertreten waren Hauzenberg, Bayreuth, Katzhütte, München, Gehlberg, Nürnberg, Nördlingen, Apolda, Breitenberg, Straubing, Biberach, Schwetzingen, Schongau, Neuburg und Regensburg. Wegen der *Residenzpflicht* konn-

ten nicht alle Personen, die teilnehmen wollten, auch anreisen. Organisiert wurde die Konferenz von der Karawane, Jugendlichen ohne Grenzen und dem Bayerischen Flüchtlingsrat.

Das ganze Jahr über war die Karawane mit dem Kampf gegen die Abschiebeanhörungen der nigerianischen Botschaft beschäftigt. An verschiedenen Orten in der Bundesrepublik organisierte die Bundespolizei Termine mit Angehörigen der nigerianischen Botschaft, bei der, gegen die Zahlung von 500 EUR pro Kopf, afrikanischen Flüchtlingen ein *travel certificate* für die Abschiebung ausgestellt wurde. Die Karawane warnte Betroffene vor dieser korrupten Praxis, veranstaltete bei dem Termin in München eine Protestkundgebung, organisierte eine Fax-Kampagne an den nigerianischen Botschafter und schaffte es sogar, einen Artikel über diese Praktiken in afrikanischen Medien unterzubringen.

Im August fand dann, nach langer Vorbereitung, das *Antiracism Camp 2008* in Hamburg statt. Höhepunkt der Aktionswoche war die Aktion *Fluten 3.0*, bei der der Hamburger Flughafen für viele Stunden von Tourist*innen gegen Abschiebung, und dem begleitenden Polizeieinsatz, lahmgelegt wurde. Die Karawane München organisierte dazu eine Fahrradblokade auf dem nördlichen Zubringer zum Flughafen. Auf dem Camp, welches insgesamt eine Woche dauerte, fanden zudem vielen Workshops zu inhaltlichen Themen und zur Vernetzung von Initiativen statt.

Den Abschluss des Jahres bildete die Demonstration *Hier geblieben! Für das ganze Bleiberecht! Lager schließen!* in Bayreuth, die am 20. Dezember stattfand. Sie wurde von Bayreuther Flüchtlingen gemeinsam mit der Karawane Nürnberg, Karawane München und dem Netzwerk *Deutschland Lagerland* organisiert. Es war sicherlich die erste Demonstration von Flüchtlingen in Bayreuth, wenngleich die Probleme, gegen die sich die Demonstration wendete – Arbeits- und Ausbittungsverbote, strikte Auslegung der *Residenzpflicht*, Schikanen und herablassende Behandlung durch die Ausländerbehörde – so nicht nur in Bayreuth existieren. Mit einigen der wichtigsten Aktivist*innen aus Bayreuth kam es danach zu einer langjährigen Zusammenarbeit, insbesondere in einer Kampagne gegen Abschiebungen nach Syrien ab dem Jahr 2010.



Lagerschlussverkauf: Demo zum Landtag, Aktionstage Juni 2009

2009

Das Jahr 2009 stand ganz im Zeichen der Kämpfe gegen das bayerische Lagersystem. Bei der Landtagswahl 2008 hatte die CSU ihre absolute Mehrheit verloren und musste mit der FDP koalieren. Auch die Freien Wähler waren erstmals in den Bayerischen Landtag gewählt worden. Die FDP machte in den Koalitionsverhandlungen zunächst sogar die Abschaffung, der Verpflichtung in Gemeinschaftsunterkünften zu leben, zur Bedingung - ohne sich durchzusetzen. Trotzdem war das verkrustete System angegriffen und das Ende des Lagerlandes schien greifbar zu sein – kaum vorstellbar 10 Jahre später im Jahr 2018.

Gemeinsam mit befreundeten Gruppen in Nürnberg, Landshut und dem Bayerischen Flüchtlingsrat organisierte die Karawane am 17.04.2009 den »Open Lager Day«. Journalist*innen und Politiker*innen wurden eingeladen, ausgewählte Flüchtlingsunterkünfte zu besuchen, mit den Bewohner*innen zu sprechen und die Räumlichkeiten zu besichtigen. Die Karawane München war dabei für den Besuch der Lager in Böbrach und Breitenberg in Niederbayern verantwortlich. Drei Karawane Aktivist*innen führten – zum großen Ärgernis der Lagerverwaltung – Landtagsabgeordnete von SPD und FW durch die beiden Lager. Auch an anderen Orten war die Aktion ein großer Erfolg. Politiker der Freien Wähler, die bisher mit dem Thema noch nicht vertraut waren, zeigten sich erschüttert. Sogar einige CSU-Sozialpolitiker*innen nutzen die Gelegenheit, sich persönlich ein Bild zu machen und haben nach dieser Erfahrung eine kritischere Haltung gegenüber der Hardliner-Politik des Innenministeriums.

Am 23.04.2009 fand dann eine große Anhörung im Sozialausschuss des Bayerischen Landtags statt – dabei waren viele Sachverständige, darunter erstmals zwei Bewohner*innen, Nissrin Ali aus Bayreuth und Felleke Bahiru Kum aus Nördlingen. Abgeordnete aller Parteien äußern sich kritisch zu den Bedingungen der Unterbringung. Eine Änderung des Bayerischen Aufnahmegesetzes wird zwischen den Koalitionspartnern verabredet – die Details sollen später verhandelt werden.

Um den Druck weiter zu erhöhen, finden vom 11. bis 14. Juni 2009 in München Aktionstage unter dem Motto »Lagerschlussverkauf« statt. Vier Tage besteht eine Dauerpräsenz auf dem Stachus mit einer Fotoausstellung und Diskussionsveranstaltungen unter freiem Himmel. Höhepunkte sind das Rattentheater vor dem Innenministerium und eine große Abschlussdemo zum Bayerischen Landtag. Die Ratte wird zum Symbol für die Zustände in den Flüchtlingslagern, nachdem ein sierra-leonischer Karawane-Aktivist in der Flüchtlingsunterkunft in der Rosenheimerstraße in München den massiven Rattenbefall gefilmt hatte.

Leider können die Flüchtlinge aus Nordbayern nicht teilnehmen: Sie erhalten auf Anweisung der Regierung von Mittelfranken keine Reiseerlaubnis – denn damals galt noch für alle Asylsuchenden die Beschränkung der Bewegungsfreiheit auf den Landkreis. Spontan melden sie eine eigene Demonstration in Würzburg an.

Am 15. Juli protestiert die Karawane gegen eine Abschiebeanhörung mit einer Delegation aus der V.R. China. Besonders skandalös: die Anhörung findet in dem Gebäude statt, in dem das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge seinen Sitz hat. Personen, die zur Abschiebeanhörung geladen waren, mussten im selben Wartesaal Platz nehmen wie neu eingetroffene Asylsuchende. Die Aktion der Regierung von Oberbayern hat ein Nachspiel im Landtag. In dem Gebäude fanden danach solche Abschiebeanhörungen nicht mehr statt.

Höhepunkt des Jahres 2009 ist zweifellos das *no border camp* auf der griechischen Insel Lesbos vom 25. bis 31.08.2009. Nach der Rückkehr aus Lesbos werden die Aktionen gegen Dublin-Abschiebungen nach Griechenland fortgesetzt. Nachdem wir die Zustände im Knast Pagani mit eigenen Augen gesehen haben, steht außer Frage, dass die Griechenland-Abschiebungen gestoppt werden müssen. Gemeinsam mit der Karawane Nürnberg protestieren wir am 13.11.2009 mit Bildern des Flüchtlingsknastes Pagani vor der Zentrale des Bundesamtes in Nürnberg.

Und auch die Aktionen gegen die Lager gehen weiter, am 16.

und 17. Oktober 2009 finden Anti-Lager-Aktionstage in Schongau statt. Bewohner*innen der dortigen maroden Unterkunft hatten uns kontaktiert und über die unhaltbaren Zustände informiert. Diese Aktion macht die Karawane in Schongau bekannt. Ein großer Erfolg: In den Jahren nach der Demo schließen sich immer wieder Leute aus Schongau der Karawane an, wenn sie zum Studium nach München ziehen. Und die Flüchtlingsaktivist*innen erreichen alle ein Aufenthaltsrecht.

In dieser Zeit wenden sich sechs irakische Frauen an die Karawane: sie und ihre Familien sind seit Jahren geduldet, weil das Bundesamt ihnen nach dem Sturz von Saddam Hussein den Flüchtlingsstatus entzogen hatte. Wegen der unsicheren Lage im Irak, und auch wegen Protesten gegen geplante Abschiebungen, wurden aber nie Abschiebungen im großen Stil durchgeführt. In bitterer Kälte ziehen am 19.12.2009 Hunderte irakische Frauen und Kinder in einer gemeinsam organisierten Demonstration durch München. Doch der Funke springt nicht auf die große irakische Community über. Es gelingt schließlich, für die sechs Familien ein Bleiberecht zu erkämpfen – die anderen geduldeten Iraker*innen bleiben im Zustand der Duldung.



Demo für ein Bleiberecht irakischer Frauen, München, Dez 2009

Noborder Camp Lesvos 2009

Die griechische Ägäisinsel Lesvos, nur wenige Kilometer von der türkischen Küste entfernt, war schon vor zehn Jahren Anknüpfungspunkt für viele Tausend Flüchtlinge. Da es in den Jahren zuvor immer schwieriger geworden war, die griechisch-türkische Landgrenze im Norden zu passieren, wichen ab dem Jahr 2008 viele Flüchtlinge auf die gefährlichere Passage in der Ägäis aus. Auf der Insel angekommen wurden sie von der Polizei verhaftet und in einer, zu einem Internierungslager umgewandelten Lagerhalle, im Industriegebiet Pagani der Inselhauptstadt Mytilini festgehalten. Die Dauer der Inhaftierung war recht willkürlich und dauerte viele Wochen. Personen, die einen Asylantrag stellen wollten, wurde gesagt, dass dies ihre Inhaftierungsdauer auf viele Monate ausdehnen würde, weswegen die meisten Flüchtlinge lieber warteten, bis sie mit dem weißen Papier, offiziell der *Ankündigung der Abschiebung* freigelassen wurden. Sie hatten nun 30 Tage Zeit, Griechenland zu verlassen, und die meisten nutzen diese Zeit, um auf das Festland überzusetzen und die Weiterreise zu organisieren. Einen Asylantrag stellten nur die wenigsten, denn die zuständige Behörde in Athen hatte nur am Samstag Vormittag für wenige Stunden geöffnet, was immer wieder zu chaotischen Szenen führte. Die meisten Flüchtlinge, die Griechenland (noch) nicht verlassen konnten, waren komplett auf sich selbst gestellt.

Auf Einladung von verschiedenen antirassistischen Gruppen aus Athen und Lesvos beteiligte sich die Karawane ab Frühjahr 2009 an der Vorbereitung eines Noborder Camps in Lesvos. Das Camp fand dann im August 2009 statt, und zwar auf einem wunderbaren, freien Campingplatz am Meer, wenige Kilometer südlich der Inselhauptstadt. Einige Mitglieder der Karawane reisten schon früher an um beim Aufbau des Camps zu helfen. Doch schon vor dem offiziellen Beginn des Camps entfaltete sich eine ganz eigene Dynamik. Die Flüchtlinge im vollkommen überfüllten Internierungslager Pagani hatten von dem bevorstehenden Noborder Camp gehört und hatten begonnen sich der Inhaftierung zu widersetzen. Während einer kleinen Solidaritätskundgebung, die das Camp organisiert hatte, gelang es eine Kamera

in das Lager hineinzuschmuggeln. Der daraus entstandene Kurzfilm, *Voices from the Inside of Pagani*, fand über das Internet rasch Verbreitung. Die im Film sichtbaren Szenen von Überfüllung, Mangelversorgung, Enge und Inhaftierung von Minderjährigen schockierten alle, die den Film sahen. Plötzlich waren die unhaltbaren Zustände, unter denen Flüchtlinge in Griechenland inhaftiert wurden plastisch und greifbar.

Der gemeinsame Druck auf das Internierungssystem in Lesvos, sowohl von innen als auch von außen durch das Noborder Camp, führte letztendlich dazu, dass alle Inhaftierten freikamen, was zu großen Freudenszenen führte. Im Oktober 2010 wurde Pagani endgültig geschlossen. Die Karawane beteiligte sich vor allem an der internationalen Pressearbeit, ein großer Artikel erschien in der SZ.

Ein zweiter Schwerpunkt des Noborder Camps, an dem rund 500 Personen teilnahmen, lag auf den illegalen Aktivitäten der griechischen Küstenwache und ihrer Unterstützung durch die europäische Grenzschutzagentur Frontex. Bei einer Wasserdemo im Hafen wurde die Küstenwache förmlich vorgeführt: konfrontiert mit einer Vielzahl von kleinen Schlauchbooten fielen sie in ihre übliche Routine und versuchten, die Boote durch gefährliche Manöver zum Kentern zu bringen.

Nach dem Camp entstand in PIKPA ein selbstorganisierter Zufluchtsort für Flüchtlinge, der auch im Sommer 2015 eine wichtige Rolle spielte. Die Wirkung des Noborder Camps entfaltete sich jedoch auch jenseits der Insel. Die Situation der Flüchtlinge in Griechenland wurde über die nächsten Jahre vermehrt medial thematisiert. Sogar das Bundesverfassungsgericht wurde auf den Film aus Pagani aufmerksam und hätte im Dezember 2010 beinahe Abschiebungen nach Griechenland ausgesetzt. Dies passierte dann im Januar 2011 auf Grund einer Entscheidung des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs. Griechenland schied danach effektiv aus dem Dublin-System aus. Das Europäische Asylsystem geriet danach in eine tiefe Krise, welche letztendlich in den Sommer der Migration 2015 mündete.

Videos des Noborder Camps: <https://bit.ly/2JygS0r>



Pagani, Internierungslager für Geflüchtete in Griechenland, 2009

Besuch im Flüchtlingslager Schöllnstein: Ein Paradebeispiel bayerischer Isolationspolitik

Und es gab: nichts!

Die bayerische Politik zur Unterbringung von Geflüchteten setzt im Wesentlichen auf das Betreiben von großen Flüchtlingslagern: fehlende Privatsphäre, marode Gebäude und miserable sanitäre Ausstattungen sind die Regel – Isolation, Zermürbung und gesundheitliche Probleme häufige Folgen. Konsequenterweise fordert die Karawane daher seit Jahren, Flüchtlingslager abzuschaffen und die Bewohner*innen in normalen Wohnungen unterzubringen.

Regelmäßig führen wir in den vergangenen Jahren quer durch Bayern, um mit Geflüchteten über die problematische Situation in den Lagern, über Vernetzung und Protestaktionen zu sprechen. Im Spätherbst 2010 verschlug es uns, gemeinsam mit dem Bayerischen Flüchtlingsrat, ins niederbayerische Nirgendwo: fest entschlossen, uns durch die rohe Wildnis bayerischer Landidylle bis zum kleinen Örtchen Schöllnstein durchzukämpfen. Im alten Gasthof in der Mitte des Ortes, den bislang stolze 71 alteingesessene Dorfbewohner*innen mit Leben füllten, wurden 90 Asylsuchende von der niederbayerischen Regierung untergebracht, darunter auch Familien mit Kindern.

Ohne es selbst zu merken, hatten wir das Dorf bereits einmal durchquert, ehe wir schließlich auf den Vorplatz des Gasthofes einfuhren. Als wir aus dem Auto stiegen, trabte uns zunächst der Hausmeister des Gebäudes entgegen und fing unverzüglich an, uns zu beschimpfen. Er wollte unsere Ausweise sehen, versuchte uns zu fotografieren und rief gar die Polizei, die später – offensichtlich selbst wenig überzeugt vom Sinn dieses »Einsatzes« – wieder abfuhr. Als wir endlich mit den Bewohner*innen sprechen konnten, wurde uns schnell das Ausmaß der Probleme bewusst: im Ort gibt es keine Einkaufsmöglichkeit, kein Internetcafé, keine medizinische Versorgung, keine Deutschkurse – und der von der niederbayerischen Regierung einst vorgesehene regelmäßige Shuttle-Bus in die rund 30 km entfernte Stadt Deggendorf

wurde nie in Betrieb genommen. An Schultagen fuhr einmal am Tag ein Bus hin und zurück, doch mit dem Taschengeld – nach dem damaligen Asylbewerberleistungsgesetz in Höhe von 40 Euro monatlich – war er deutlich zu teuer für regelmäßige Fahrten. So blieb den Geflüchteten nur ein Bus pro Woche, der sie für Behördengänge nach Deggendorf brachte. Ansonsten erreichten die Bewohner*innen den nächstgelegenen Ort Iggenbach nur mit einer Stunde Fußmarsch.

Mehrere Bewohner*innen waren in den vergangenen Wochen bereits aufgrund der Zustände im Lager erkrankt. Zum einen durften die Heizungen – zumindest diejenigen, die funktionierten – nicht zwischen 10 Uhr morgens und 5 Uhr abends benutzt werden, so die Regel des Hausmeisters und der Lagerverwaltung. Wurden sie von den Bewohner*innen doch angemacht, wurden sie vom Personal wieder ausgeschaltet – mit Verweis auf die hohen Kosten, die dadurch entstehen. Der Müll in den zwei Containern vor dem Lager wurde nur einmal im Monat entfernt. Die Müllsäcke stapelten sich bereits auf und neben den Containern. Zwei Männer hätten einen Ausschlag davon bekommen, berichteten uns die Bewohner*innen. Sie wohnten inzwischen aber nicht mehr dort. Eine Frau, die immer noch da war, hatte einen Ausschlag am Arm. Einen Erste-Hilfe-Kasten gab es nur im Büro der Lagerverwaltung, dieses war aber nur tagsüber geöffnet. Zudem wurde den Bewohner*innen von der Lagerverwaltung eingeredet, sie dürften den Notarzt erst rufen, »kurz bevor jemand stirbt«. Ansonsten müssten sie die Kosten für den Krankentransport selbst bezahlen – eine gefährliche, einschüchternde Fehlinformation.

Wie unerträglich die Verhältnisse im Flüchtlingslager Schöllnstein für die BewohnerInnen waren, versinnbildlicht eine Aussage eines somalischen Geflüchteten: »I talked to my mother yesterday evening on the phone and she was so desperate because of my situation here. She even wanted to send me money from Somalia«.

Doch erst gegen Ende unseres Besuchs fiel uns das auf, woran

sich später die Aufmerksamkeit der Medien an Schöllnstein entzünden sollte: ein Schultag, Vormittag, und um uns herum mehrere Kinder, die augenscheinlich im schulpflichtigen Alter waren. Eine Schule im Dorf gibt es nicht und die Behörden hatten bis dahin keine Bemühungen gezeigt, die Kinder in Schulen der umliegenden Dörfer zu schicken.

Erst einige Zeit nach unserem ersten Besuch, im Februar 2011, veröffentlichten wir die Pressemitteilung »Isolationslager Schöllnstein: Flüchtlingskinder dürfen nicht zur Schule gehen«. Auf der ersten Seite des Bayernteils veröffentlichte die Süddeutsche Zeitung daraufhin den Artikel »Die vergessenen Kinder von Schöllnstein«. Die verschiedenen Behördenebenen zeigten sich daraufhin unwissend und wiesen die Verantwortung für diesen Vorfall von sich. Das Schulamt des Landratsamt Deggendorf ordnete jedoch unmittelbar an, die Kinder unverzüglich in eine Schule zu schicken. Die politische und mediale Aufmerksamkeit auf die Situation in Schöllnstein blieb noch einige Zeit bestehen. Neben regionalen Zeitungen griff unter anderem der Tagesspiegel das Thema mit einem langen Artikel »Kein schöner Land« auf und auch eine Bundestagsabgeordnete besuchte das Flüchtlingslager in Schöllnstein.

Doch leider gehören weder das Lager in Schöllnstein, noch das bayerische System der Zwangsunterbringung der Vergangenheit an. Die politischen Versuche, Geflüchtete von gesellschaftlicher Teilhabe auszuschließen, haben viele Facetten. Schöllnstein steht dabei exemplarisch für eine Politik der Isolation, die Menschen krank macht und sogar dazu führen kann, dass Kinder nicht in die Schule gehen können.

In diesem Fall konnten wir nur ein weiteres Mal laut und deutlich sagen: Scham di, Bayern! Flüchtlingslager abschaffen!



Im bayerischen Hinterland: Schöllnstein

Botschaftsanhörungen

Seit 1999 initiierte die Karawane München Protestaktionen gegen von der Bundespolizei organisierte Anhörungen, die die Ausstellung von Heimreisepapieren an abgelehnte Asylsuchende zum Ziel haben. Zu solchen Anhörungen lädt die Bundespolizei Vertreter*innen der jeweiligen Botschaften ein, oder, wenn diese nicht kooperieren, Delegationen aus den vermeintlichen Herkunftsländern. Die Karawane München protestierte – oft gemeinsam mit Schutzsuchenden aus den jeweiligen Ländern – gegen derartige Anhörungen von Delegationen aus Togo, Sri Lanka, Algerien, China, Irak und immer wieder aus Nigeria und Sierra Leone.

Die Abschiebeanhörungen sind schon über viele Jahre höchst umstritten. Die ersten dieser Anhörungen fanden ohne jegliche Rechtsgrundlage statt – die wurde erst nachträglich ins Gesetz eingefügt, nachdem verschiedene Gerichte in Einzelfällen die Vorführungen stoppten. Bald stellte sich heraus, dass Korruption im Spiel war – eine dubiose Delegation aus Guinea erhielt hohe Geldbeträge und auch die Mitarbeiter der nigerianischen Botschaft erhielten pro Vorführung 250,00 € und pro ausgestelltem Heimreisedokument nochmals 250,00 €. Ein erheblicher Anreiz, möglichst viele derartige Dokumente auszustellen. Korruption gibt es aber in anderer Hinsicht: Armenische Betroffene berichten, sie hätten nach der Anhörung einen Anruf der armenischen Delegation bekommen: 6000,00 € würde es kosten, dann würde die Delegation die Ausstellung der Papiere für das Ehepaar ablehnen. Ähnliches berichten Betroffene aus Vietnam.

In München fanden diese Anhörungen regelmäßig in Flüchtlingsunterkünften statt. Eine besondere Gemeinheit gegenüber den dort gleichzeitig untergebrachten Flüchtlingen. Es gab aber auch solche Anhörungen im leerstehenden Frauenknast, im Gebäude des Bundesamts und in der Flughafenunterkunft am Münchner Flughafen, möglichst weit ab von jeder Öffentlichkeit.

Während in den ersten Jahren der Proteste Flüchtlingsaktivist*innen die Gelegenheit nutzten, Vertretern ihrer Herkunftsländer ihre Meinung zu sagen und dies dazu führte, dass manchen Länder

wie Togo oder Sri Lanka keine Delegationen mehr schickten, änderte sich dies später. Nun ging es darum, Betroffene darüber zu informieren, worum es bei diesen Anhörungen geht – nicht um Identifizierung, nicht um Pässe, sondern ausschließlich um die Vorbereitung von Abschiebungen. Den Betroffenen wurde geraten, auf keinen Fall ohne Begleitung eines Anwalts mit den Delegationen zu sprechen. Dies führte dazu, dass in manchen Fällen niemand die Delegation aufsuchte.

Auch in den Heimatländern gibt es Widerstand: in einigen afrikanischen Staaten, darunter Mali, gelang es Nichtregierungsorganisationen, ihre Regierung davon abzubringen, mit den europäischen Staaten zu kollaborieren. Anders als dies von Deutschland propagiert wird, gibt es kein »völkerrechtliches Gewohnheitsrecht«, welches Staaten verpflichten würde, ihre Staatsangehörigen zurückzunehmen. Dieses angebliche Gewohnheitsrecht hat man sich in Europa ausgedacht – die afrikanischen Staaten haben es nie anerkannt.

Exemplarisch ein Bericht der Karawane über eine Aktion gegen eine Botschaftsanhörung am Münchner Flughafen im August 2013:

Reise an die Grenze. Unser Protest gegen die Abschiebeanhörung Sierra Leone

Wir haben gestern am Flughafen München gegen die Abschiebeanhörungen mit VertreterInnen des Sierra Leone Immigration Office protestiert.

Wir hatten im Vorfeld erfahren, dass bundesweit Ladungen für den Termin ausgestellt worden sind. Alle Ladungen waren auf 10 Uhr vormittags ausgestellt. Wir waren mit knapp zehn Leuten ab 9 Uhr vormittags vor Ort. Außer Polizei und Regierung von Oberbayern war niemand anwesend. Erst kurz vor zehn kam der erste Betroffene, zu Fuß. Wir konnten kurz mit ihm reden, wobei sich schnell herausstellte, dass er ein Flüchtling aus Burkina Faso war, der derzeit in Salzwedel wohnt und von seiner dortigen Ausländerbehörde zum Erscheinen bei diesem dubiosen Termin

in München verpflichtet wurde. Tatsächlich war er auch gar nicht des Englischen, oder anderer in Sierra Leone gesprochenen Sprachen mächtig, wir unterhielten uns auf Französisch.

Gegen zehn Uhr erschienen immer mehr Kombis, in denen Flüchtlinge, zum Termin gebracht wurden. Die Fahrzeuge hatten Kennzeichen aus den verschiedensten Teilen Deutschlands. Insgesamt waren aber nur sieben Flüchtlinge, inklusive des Burkinabe anwesend. Dies verbuchen wir schon mal als einen ersten Erfolg, da wir von wesentlich mehr Ladungen gehört hatten und auch davon auszugehen ist, dass ein solcher Termin nicht für einige wenige Flüchtlinge organisiert wird.

Wir hatten Flugblätter auf Englisch dabei, die Tipps zum Verhalten in der Anhörung enthielten. Da die meisten Flüchtlinge per Auto auf das Gelände der Anhörung transportiert wurden, konnten wir diese nicht direkt verteilen. Die Flugblätter haben jedoch auf jeden Fall ihren Weg ins Innere gefunden. Zusätzlich hatten wir noch ein Transparent auf Krio, sowie eine Tonaufnahme, in der auf Krio nochmal der Hintergrund der Anhörung und Tipps zum Verhalten gegeben wurden. Per Megaphon spielten wir diese Aufnahme immer wieder ab.

Kurz nach zehn Uhr kam die Delegation aus Sierra Leone, die aus rund fünf Personen bestand. Sie waren nicht sonderlich erfreut, als wir sie mit »shame on you«-Rufen in Empfang nahmen und verschwanden schnell nach innen.



Protest gegen Botschaftsanhörungen am Münchner Flughafen, Aug 2013

Daraufhin nahm wohl die Anhörung ihren Verlauf und wir fuhren fort, das Gebäude mit der Aufnahme zu beschallen. Langsam kamen einzelne Flüchtlinge wieder heraus, die meisten verblieben aber in der Umzäunung. Der Mann aus Burkina Faso kam sehr schnell wieder heraus, und erzählte uns, dass seine Anhörung sehr schnell vorbei war: Er sprach nur Französisch, und so war es schnell klar, dass er kein TC ausgestellt bekommen würde. Für ihn sicherlich eine sehr nervige Episode, war er doch immerhin zwei Tage lang unterwegs, um zur Anhörung und wieder nach Hause zu gelangen.

Später kam es noch zu einem Notarzteinsatz, ein Flüchtling war zusammengebrochen und wurde im Krankenwagen abtransportiert. Wir haben das mit einem Photo dokumentiert, worauf der Sanitäter und dann auch die Polizei die Löschung verlangte, es seien Persönlichkeitsrechte des Sanitäters und des Erkrankten verletzt worden. Wir haben uns auf den Standpunkt gestellt, dass wir genau das dokumentiert haben, wogegen wir protestiert haben, nämlich dass diese Anhörungen eine Form der Gewalt sind, die aufzuhören habe. Die Polizei drohte sogar damit, alle Taschen zu durchsuchen. Unser Verweis auf das Versammlungsrecht wurde mit dem kuriosen Argument »Wir sind hier am Flughafen, also im Grenzbereich, und da können wir alles machen« gekontert. Letztendlich hat sich doch unsere Rechtsauffassung durchgesetzt, nämlich dass das Grundrecht der Versammlungsfreiheit über den Gesetzen steht, auf die sich die Polizei berief, und nicht andersherum. Damit offenbart sich aber noch einmal der undemokratische Charakter der Grenze. Sie wird als Vorwand genommen, Freiheitsrechte außer Kraft zu setzen, und in dieser Hinsicht ist der Widerstand gegen die zunehmende Vergrenzung der Welt, Europas und eben auch des Inlands nicht nur antirassistische Teilbereichspolitik, sondern ein Einsatz für schwerwiegende politische Rechte aller.

Gegen ein Uhr kam die letzte Person heraus, auf die wir noch gewartet hatten. Eine Flüchtlingsfrau, mit der wir gesprochen hatten bevor sie in die Anhörung gegangen war. Sie bestätigte uns

nochmal, dass die Flugblätter im Warteraum gelesen wurden, und dass unsere Aufnahme auch im Gebäude gut hörbar gewesen war und zu Diskussionen unter den Flüchtlingen geführt hatten. Letztendlich, so sagte sie, hatte niemand unterschrieben. Die Delegation sei sehr schlecht gelaunt gewesen und hätte immensen Druck ausgeübt. Doch ohne Erfolg.

Es war eine sehr seltsame Kundgebung, da diese ja nur den speziellen Fokus hatte, die Flüchtlinge vor der Anhörung zu warnen. Es gab keine Reden, Transparente wurden nur zu sehr speziellen Anlässen gezeigt, und die meiste Zeit verbrachten wir wartend. Nichtsdestotrotz war die Aktion ein voller Erfolg. Wenn tatsächlich auch von denen, die gekommen waren, niemand unterschrieben hat und keine TCs ausgestellt wurden, so konnte nicht nur die Abschiebung von sieben Menschen zumindest ausgesetzt werden, wir haben auch den Abschiebeapparat frustriert. Wir hoffen, dass es der Delegation aus Sierra Leone eine Lehre ist, und sie nie wieder für solche Anhörungen zur Verfügung steht. Es lohnt sich, auch in kleiner Anzahl und ein bisschen vorbereitet präsent zu sein!



Warning!

August 20 & 21 2013 – Deportation hearing of Sierra Leonean authorities in Munich!

Dear all,

☺

Tuesday, 20th of August 2013 & Wednesday, 21st of August 2013 (and maybe some more days before and after)

Sierra Leonean officials will hold a mass hearing in Munich to identify Sierra Leonean Asylum seekers for the purpose of issuing travel documents to deport them. In which procedure takes place at the

„Arbeitsmittelschwerfart“ Flughafen, Wartungspavillon 6, 85394 Flughafen München,

as well as the airport at the train station „Aerobahnsteig“ (S-Bahn).

Warning: It is clear that the only purpose of an hearing is issuing travelling documents for deportations! The experience of the past has shown that many of those who attended an hearing with Sierra Leonean officials get deported soon afterwards!

What is the problem with these hearings? What is happening there?

Usually, authorities send out letters through which people are asked to come to an hearing for reasons that are not clearly specified. Sometimes, the authorities stress to revoke the "thinking" of the refugees don't attend the hearing. This is partly wrong because the authorities will be punishing the "thinking" if they cannot deport somebody.

During the hearing, refugees will be questioned by Sierra Leonean officials in order to confirm their Sierra Leonean origin based on their language, their accents or specific words they use. Besides this, officials can also identify "identity" witnesses to be Sierra Leonean based on general appearance, the shape of his/her face, traditional scars etc. It has also been reported that not only Sierra Leoneans, but also asylum seekers from Eritrea, Liberia, Nigeria, Sudan, Sierra Leone etc. have been invited to hearings with Sierra Leonean officials to deport them to Sierra Leone as well. It has to be clear: Don't trust the Sierra Leonean officials, even if they offer to help you!

You should also know that the officials receive money from the German authorities for every refugee that is invited and finally issued a travel document. The Sierra Leonean officials make money by supporting the deportation of Sierra Leoneans and other Africans!

What are some reasons why you should not go to a hearing?

2010

In den Lagern im niederbayerischen Hauzenberg und Breitenberg begannen am 26. Januar Bewohner*innen damit, die an sie ausgegebenen Essenspakete zu boykottieren. Elf Geflüchtete in Hauzenberg traten in einen Hungerstreik. Mit der Aktion wehrten sie sich gegen die Mangelverpflegung mit Essenspaketen und darüber hinaus gegen die unerträglichen Lebensbedingungen, denen sie durch die deutschen Behörden und im Speziellen durch die Praxis des Landratsamtes Passau unterworfen waren bzw. sind. Die zentralen Forderungen waren das Recht auf Arbeit, Bewegungsfreiheit statt Residenzpflicht und Bargeld statt Essenspakete. Die Essenspaketboykotte weiteten sich schnell auf weitere Lager in Bayern aus und die Unterstützung der Proteste wurde in den nächsten Monaten der Schwerpunkt der Karawane München (Eine ausführlichere Chronik der Proteste und eine inhaltliche Auseinandersetzung findet ihr im Artikel »RETURN TO SEN- DER. Schluss mit der Entmündigung durch das Sachleistungsprinzip: Bargeld statt Essenspakete!«).

Im Frühjahr beteiligten wir uns an der Kampagne »Syrien-Abschiebungen stoppen«, die gegen ein Rückübernahmeabkommen mit Syrien zur Abschiebung in Deutschland lebender syrischer Menschen kämpfte. Im April gab es dazu eine Protestaktion vor dem bayerischen Innenministerium und eine Demonstration durch die Innenstadt. Außerdem gelang es, die Abschiebung einer betroffenen Person zu verhindern: Ein syrischer Jugendlicher aus Wilhelmshaven sollte am 10. Mai von Frankfurt aus mit einem Linienflug der »CSA Czech Airline« über Wien nach Damaskus abgeschoben werden. Aktivist*innen des Bayerischen Flüchtlingsrates und der Karawane München gelang es kurz vor dem Abflug die Abschiebung des jungen Mannes durch Fax und Anrufe bei Czech Airlines zu stoppen.

Im Mai verabschiedete die damalige Regierungskoalition aus CSU und FDP in Bayern einen Kompromiss zur Lagerunterbringung von Geflüchteten, der jedoch keine wesentlichen Abweichungen von der rigiden bayerischen Lagerpflicht brachte und

von uns daher deutlich kritisiert wurde. Es wurde deutlich, dass die Ziele der Proteste der Geflüchteten nicht annähernd erreicht worden waren und der Kampf fortgesetzt werden musste. In einer Erklärung stellte das Netzwerk Deutschland Lagerland fest: »Wir haben Aufmerksamkeit erreicht, aber was wir brauchen ist Veränderung.« Im Rahmen des Netzwerks tauschten wir uns deshalb in den nächsten Monaten weiter über die Fortführung der Proteste aus und organisierten regelmäßig bayernweite Meetings mit den Betroffenen.

Als wir im Juni zusammen mit Geflüchteten aus Lagern in ganz Bayern zum bundesweiten Karawane-Festival nach Jena fahren wollten, verweigerten die Behörden vielen die Reiseerlaubnis aufgrund der sogenannten Residenzpflicht. Die zahlreichen Fälle der Verweigerung von Reiseerlaubnissen empörten uns und zeigten einmal mehr, dass die rassistische Beschränkung der Reisefreiheit nicht zuletzt dazu diente, Geflüchtete daran zu hindern, sich zu organisieren und gemeinsam ihre Forderungen in die Öffentlichkeit zu tragen. Nicht nur als Nebeneffekt, sondern absichtlich sollte die Meinungs- und Versammlungsfreiheit von Geflüchteten beschnitten werden. Viele kamen trotzdem mit uns nach Jena zu einer gemeinsamen Demonstration und um mit Betroffenen und Aktivist*innen aus ganz Deutschland über den Kampf für Bewegungsfreiheit und gleiche Rechte zu diskutieren.

Unter dem Motto »Schmutzige Donnerstags-Tour« besuchte der Bayerische Flüchtlingsrat in den Monaten Oktober und November 2010 immer donnerstags Flüchtlingsunterkünfte und Behörden in allen sieben bayerischen Regierungsbezirken, um die problematische Unterbringungssituation von Geflüchteten zu dokumentieren und darauf aufmerksam zu machen. Als Abschluss der Tour organisierten wir zusammen mit dem Flüchtlingsrat eine Protestaktion vor der Regierung von Oberbayern in der Boshetsrieder Straße in München. Schwerpunktthema war dabei die Praxis der Altersfeststellung von jugendlichen Flüchtlingen. Gegen die oft willkürliche Altersbestimmung durch die Behörden protestierten wir mit der szenischen Darstellung eines »Älter-

Mach-Büros« und demonstrierten anschließend vor der Erstaufnahmeeinrichtung in der Baierbrunner Straße gemeinsam mit den Bewohner*innen und mit musikalischer Untermalung durch Mal Élevé.

Im Dezember reisten viele Aktivist*innen der Karawane mit Geflüchteten aus Bayern zur ersten No-Border-Lasts-Forever-Konferenz nach Frankfurt, die viel zur Vernetzung antirassistischer Kämpfe in Deutschland in diesen Jahren beitrug.

Und die Proteste gegen Lagerzwang und Essenspakete hielten über das gesamte Jahr 2010 an: im Herbst gab es weitere Boykotte sowie einen Hungerstreik in Bayern. Zum Abschluss der Jahres luden wir dann am 21. Dezember unter dem Motto »Return to Sender« Essenspakete vor dem bayerischen Sozialministerium ab und forderten die damalige bayerische Sozialministerin Haderthauer auf: »Christine, nimm deinen Müll zurück!«

Interview mit Lamine

Wie bist Du zur Karawane gekommen?

Als ich als Geflüchteter in Breitenberg gewohnt habe und wir wegen der Residenzpflicht und der Essenspakete in Hungerstreik getreten sind, wurden wir von verschiedenen Organisationen u.a. der Karawane unterstützt. Seitdem halten wir Kontakt.

Was für eine Bedeutung hatte die Karawane für Dich?

Die Karawane war für mich eine Hilfe, um unsere Proteste und eine mediale Präsenz und bayernweite Vernetzung zu organisieren.

Gibt es eine spezielle Aktion oder ein Ereignis, das Dir besonders in Erinnerung geblieben ist?

Als wir zusammen nach Jena gefahren sind. Eigentlich alle Konferenzen und Vernetzungstreffen, zu denen wir gemeinsam gereist sind und bei denen man den Zusammenhalt zwischen Aktivist*innen und Geflüchteten spüren konnte.

Wenn ich mich richtig erinnere, bist Du zu einer Zeit besonders aktiv gewesen, als wir – in vielen Fällen auch erfolgreich

– gegen Residenzpflicht und Arbeitsverbote, gegen Essenspakete und gegen Lagerzwang gekämpft haben. Wo sollten die heutigen Kämpfe antirassistischer Gruppen ansetzen?

Gegen Kategorisierungen und Abwertungen der verschiedenen Geflüchteten Gruppen à la »Wirtschaftsflüchtling« vs. »Kriegsflüchtling«.

»Karawane – die zweiten zehn Jahre« sollen ja nicht die letzten zehn Jahre sein. Schwer vorstellbar, dass uns die Themen ausgehen – aber natürlich brauchen wir auch immer Ideen für neue, kreative Protestformen. Was schlägst Du vor?

Demonstrationen und Kundgebungen mit Live-Acts.

Return to Sender!

Schluss mit der Entmündigung durch das Sachleistungsprinzip: Bargeld statt Essenspakete

20 Jahre lang, von 1993 bis 2013, bekamen Geflüchtete in den bayerischen Lagern kein Geld, um sich ihr Essen selbst kaufen zu können: zweimal pro Woche wurde ihnen ein Essenspaket bereitgestellt. Eine kleine Auswahl konnte meistens vorab von den Empfänger*innen getroffen werden, doch letztlich blieb es über Jahre immer das gleiche Essen: die gleiche Wurst, der gleiche Käse, das gleiche Dosenobst. Die Essenspakete schrieben den Bewohner*innen von Flüchtlingslagern nicht nur vor, was sie essen müssen, sondern auch wann. Einige Lebensmittel waren oft schon nahe am Verfallsdatum, deshalb mussten sie von den Empfänger*innen gleich am ersten Tag zubereitet werden.

In einem Flüchtlingslager im Raum Augsburg, das wir 2010 besuchten, stapelten sich die Erdbeer-Marmeladengläser im Kühlschrank: seit Wochen seien sie in jedem Essenspaket zu finden, eine vertraglich eingebundene Firma habe wohl einen Überschuss abzubauen, so vermuteten die Bewohner*innen. In einem anderen Lager sprachen wir mit einem Mann, der an Diabetes litt und auf spezielles Essen angewiesen war. Seit Wochen habe er schon vergebens versucht, bei der Behörde eine Umstellung seiner Es-

senspakete zu erreichen.

Doch die Qualität der Lebensmittel und die kulinarische Langeweile alleine verdeutlichen nicht den Kern der Kritik, die immer wieder an den Essenspaketen geäußert wurde. Es geht vor allem um die Bevormundung, um den üblen Paternalismus, der allen voran von den bayerischen Politiker*innen der CSU in den vergangenen Jahrzehnten mit dieser politischen Strategie ausgeübt wurde. Je nach gesellschaftlicher und medialer Stimmungslage wurde das Verteilen von Essenspaketen, eine logistisch umfangreiche und auch teure Prozedur, legitimiert: mal wurde das Essenspaket als Vorzeigeprojekt jener politischen Signale verkauft, mit denen Geflüchtete freiwillig ihr Asylbegehren zurückziehen sollten. Wenn die Kritik an dem System lauter wurde, verwiesen CSU-Politiker*innen wie Christine Haderthauer (ehemalige bayerische Sozialministerin, ehe sie 2014 über Modellautos stolperte) und Joachim Hermann allen Ernstes auf ihre Sorge um das Wohlergehen der Geflüchteten. Schließlich wollten sie sicherstellen, dass die Menschen »vernünftiges« Essen bekämen – mit Bargeld würden sie schließlich nur Ungesundes oder gar Alkohol kaufen. Ach, CSU, wo wären wir nur ohne dein brillantes Menschen- und Weltverständnis.

Im Januar 2010 wurde das Essenspaket dann nicht nur Gegenstand einer Forderung, sondern auch Mittel des Protestes – der über Wochen hinweg ungeahnte Ausmaße annehmen sollte. Am 26. Januar verkündeten mehr als 25 Bewohner*innen der Lager in Hauzenberg und Breitenberg (Niederbayern – Landkreis Passau) den sofortigen Boykott der Essenspakete. Elf Geflüchtete aus Hauzenberg waren zudem in den unbefristeten Hungerstreik getreten. Die Protestierenden beider Lager forderten das Recht auf Arbeit, die Abschaffung der Residenzpflicht und den Erhalt von Bargeld anstelle von Essenspaketen. Nach knapp drei Wochen wurde der Hungerstreik beendet, das Boykottieren der Essenspakete jedoch fortgesetzt. Schon früh signalisierten die Protestierenden ihre Zuversicht, dass sich der Protest, der von Beginn an von der Karawane unterstützt worden war, weiter aus-

breiten würde: »Wir wissen, dass die Flüchtlinge in anderen Lagern unseren Hungerstreik und unsere neue Strategie des fortgesetzten Essenspaketboykotts genau mit verfolgen und uns dabei unterstützen wollen«, erklärte Kabamba aus Hauzenberg. Zahlreiche Solidaritätsbekundungen aus verschiedenen Flüchtlingslagern erreichten die Streikenden, ehe Geflüchtete in einer Unterbringung in Bogen bei Straubing angingen, ebenfalls die Essenspakete zu boykottieren. Die Streikenden in Straubing veröffentlichten kurz darauf einige Statements zu den Forderungen.

Weitere Flüchtlingslager schlossen sich im März den Kämpfenden an, nach Passau und Regensburg erreichte der Boykott auch Augsburg. Mit über 200 Beteiligten wurde der Essenspakete-Boykott am 13. April 2010 beendet. Die politischen Forderungen wurden von der bayerischen Politik jedoch nicht umgesetzt und die Proteste gingen weiter: Die Forderungen wurden noch im selben Jahr direkt vor das Sozialministerium getragen. Mit der Aufschrift »Return to sender« wurden im Dezember 2010 Essenspakete vor dem bayerischen Amtsgebäude niedergelegt, dahinter versammelten sich Geflüchtete und Unterstützer*innen mit dem Banner »Christine – Nimm deinen rassistischen Müll zurück!«. Doch erst unter ihrer Nachfolgerin im Sozialministerium beugte sich die CSU den Protesten und Kritiken gegen die Essenspakete und lies im Oktober 2013 das Ende dieser entmündigenden Politik verkünden.

Leider haben sogenannte Sachleistungsprinzipien wie die Essenspakete inzwischen wieder Konjunktur, so wird beispielsweise in den Abschiebelagern in Manching und Bamberg nur ein kleiner Teil des zustehenden Existenzminimums in bar ausgezahlt. Doch auch die Proteste gegen Sachleistungen kommen wieder auf und werden so lange Teil der Kämpfe von Geflüchteten und antirassistischen Gruppen bleiben, bis dieser menschenverachtenden und repressiven Politik ein Ende gesetzt wurde – hoffentlich ein endgültiges!

2011

Das Jahr 2011 war für die Karawane München von abolish!, der bundesweiten Kampagne gegen das Asylbewerberleistungsgesetz, geprägt. Neben abolish! gab es jedoch auch eine Reihe anderer (Solidaritäts-)Aktionen und Veranstaltungen.

So startete das Jahr damit, dass sich Geflüchtete in zahlreichen bayerischen Lagern immer noch im Essenspaketboykott befanden und gegen die vorrangige Versorgung mit Sachleistungen protestierten, welche in Bayern besonders rigide durchgeführt wurde. Neben der Qualität und der Auswahl in diesen Paketen richtete sich der bayernweite Protest vor allem gegen die Beraubung jeglicher Selbstbestimmung und stellte bereits 2010 eine große politische Mobilisierung dar (siehe auch Artikel »RETURN TO SENDER! Schluss mit der Entmündigung durch das Sachleistungsprinzip: Bargeld statt Essenspakete«).

Thematisch daran anschließend entstand die Idee für eine bundesweite Kampagne gegen das Asylbewerberleistungsgesetz. Abolish! nahm seinen Ursprung auf der »No border lasts forever«-Konferenz des Vorjahres in Frankfurt und mündete in einer großen Kampagne mit einem dezentralen Aktionstag in 28 Städten im März und einem spannenden, viel besuchten Aktionswochenende in Berlin (9.-11. Juni 2011). Das Ziel der Kampagne war es, in erster Linie dieses rassistische Sondergesetz abzuschaffen, denn eine reformatorische Ausbesserung der Gesetzeslage kam nicht in Frage: Für das politische Ziel der Gleichheit und Freiheit aller Menschen kann es keine reformierten Gesetze geben, die genau diese Gleichheit in Frage stellen.



Abschlusskundgebung Lagerland-Aktionswochen vor dem Landtag, Mai 2012

Die Verweigerung gleicher Versorgung, medizinischen Leistungen und staatlicher Fürsorge war wie bereits erwähnt schon lange Ausgangspunkt großer Mobilisierung in den selbst-organisierten lokalen und überregionalen Protesten in den Lagern und dadurch auch schon immer ein wichtiges Thema im bayerischen Lagerland-Netzwerk. Auch viele NGOs und andere antirassistische Gruppen hatten das Thema auf ihrer Agenda, denn zuletzt hatte das Bundesverfassungsgericht weitere rechtliche Ansatzpunkte geliefert. Es urteilte nämlich, dass die Hartz IV-Sätze willkürlich festgelegt seien und ein menschenwürdiges Existenzminimum nicht garantieren können. Das betraf indirekt auch die Neuverhandlung des AsylbLG, denn dessen Sätze lagen damals noch um 20 % niedriger als Hartz IV!

Die Kampagne war – auch nach schwierigen und aufreibenden Momenten in der Vorbereitung – der Versuch, den lokal in den Lagern stattfindenden, unermüdlichen Kämpfen gegen die rassistischen Sondergesetze eine bundesweite, entschlossene und breit aufgestellte Plattform zu bieten.

So demonstrierten wir dann in München anlässlich des dezentralen Aktionstags am 22. März mit 200 Menschen unter dem abolish!-Logo und besuchten dabei die verschiedenen Zentralen der Oppositionsparteien in Bayern, um auch sie aufzufordern, zu einer Abschaffung des AsylbLGs beizutragen. Vom Sendlinger Tor-Platz (Grüne) zum Oberanger (SPD), vorbei bei der FDP, verliehen wir allegorische »Preise« an die Parteien für ihr bisheriges Versagen in diesem Bereich – sei es durch Mitverschulden oder verantwortungslose Passivität. An der Demonstration beteiligten sich einige der streikenden Geflüchteten aus den Lagern im bayerischen Hinterland.

Die Stärke der kämpfenden Bewegung in den Lagern Bayerns wurde ein weiteres Mal deutlich, als sich eine riesige Reisegruppe des Lagerland-Netzwerks nach Berlin aufmachte, um sich dort an der bundesweiten abolish!-Konferenz und einer Demonstration zu beteiligen. Es war ein Wochenende der Vernetzung, leidenschaftlicher Diskussionen, hitziger Debatten und einer mit

1000 Leuten für damalige Zeiten gut besuchten Großdemonstration durch die Berliner Innenstadt. Befreundete Berliner Gruppen hatten mit viel Aufwand und Energie ein wichtiges und solidarisches Wochenende ermöglicht.

Im Juli 2012 erklärte das Bundesverfassungsgericht das Asylbewerberleistungsgesetz schließlich für verfassungswidrig und lieferte uns in seiner Urteilsbegründung ein Zitat, das – angesichts aktueller Entwicklungen – vielleicht wieder mehr in das Scheinwerferlicht gerückt werden sollte:

»Die in Art. 1 Abs. 1 GG garantierte Menschenwürde ist migrationspolitisch nicht zu relativieren.« (BVerfG, Urteil des Ersten Senats vom 18. Juli 2012 – 1 BvL 10/10 – Rn. 95)

Kurzfristig konnte der Erfolg zwar gefeiert werden, langfristig ist er leider nicht geblieben: Eine komplette Abschaffung des Gesetzes wäre ein erkämpfter Teilerfolg für die Menschenrechte, unabhängig von Papieren und Staatsangehörigkeit, gewesen. Dieses umwälzende Gleichheitsprojekt konnte die Regierung natürlich nicht zulassen: So wurden zwar über eine kurze Zeit hinweg die Sätze auf Hartz IV-Niveau angeglichen, jedoch kam es zu einer Neuauflage des rassistischen Gesetzes, das die Sozialleistungen für Geflüchtete wieder massiv einschränken konnte. Über Jahrzehnte hinweg erkämpfte Verbesserungen können so heute im Zusammenspiel mit der aktuellen Ausweitung von Massenunterbringung und weiteren Isolierungsmaßnahmen gegen Geflüchtete ausgehebelt werden.

Ein weiteres großes Thema 2011 war der Umgang mit Dublin II (siehe dazu den Extra-Artikel). Im Januar 2011 sorgte unter anderem ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte dafür, dass Deutschland Abschiebungen nach Griechenland für die folgenden Jahre komplett aussetzte. Zahlreiche Dublin-Abschiebungen in andere Staaten wurden in dieser Zeit durch Gerichte gestoppt, da diese entschieden, dass eine menschenwürdige Versorgung in den Aufnahmeländer nicht gewährleistet sei.



Hafendemo gegen Frontex im Hafen von Lesbos 2009

Neben Griechenland war damals wie heute Italien ein wichtiges Ankunftsland. Um die katastrophalen Zustände zu dokumentieren, Ursachen und Gründen nachzuspüren und damit das Dublin-System im Ganzen einer kritischen Analyse zu unterziehen, begab sich eine Recherchegruppe der Karawane im August 2011 nach Mailand und Florenz und gab 2012 den Bericht »Vai via! Zur Situation der Flüchtlinge in Italien« heraus.

Auch politische Protestaktionen gegen Dublin II waren erfolgreich: Anfang August konnte durch Protest am Flughafen eine Abschiebung nach Malta verhindert werden – am letzten Tag, an dem diese nach Dublin-Fristen hätte stattfinden können. Die Freude über die Verhinderung der Abschiebung war natürlich riesig und obsiegte für kurze Zeit die Wut darüber, dass die bayerischen Behörden mit aller politischen Härte bis zur letzten möglichen Sekunde die Zukunftsperspektiven der Menschen zerstören wollen. An dieser Praxis halten sie bis heute fest.

Der Protest am Flughafen war zudem auch ein Fortschritt in unseren aktivistischen Methoden, denn obwohl Twitter zu diesen Zeiten zumindest in unseren Kreisen noch nicht verbreitet war, gab es dennoch Live-Informationen über den Protest durch einen Ticker auf der Seite des Bayerischen Flüchtlingsrats:

09:15 Uhr – An die 15 AktivistInnen treffen sich am Hauptbahnhof München und fahren gemeinsam zum Münchener Flughafen.

10:45 Uhr – Die AktivistInnen warten auf ein Fernseheteam der BR Abendschau. Der Bericht wird heute Abend zwischen 19:30 Uhr und 20:00 Uhr ausgestrahlt werden.

11:15 Uhr – Protestaktion ist gestartet, Flugblätter werden verteilt und Parolen gerufen.

11:20 Uhr – Ein Fernseheteam des Bayerischen Rundfunks trifft ein und filmt das Geschehen.

11:25 Uhr – Transparente werden in Terminal 2 ausgerollt.

11:47 Uhr – Auch in Frankfurt finden Proteste statt. Seit 10 Uhr sind ca. 10 Personen vor der deutschen AIR Malta Niederlassung. Derzeit sind immer noch zwei Personen bei AIR Malta

und verhandeln seit fast zwei Stunden. Das Ganze läuft kooperativ und die Mitarbeiter versuchen, verantwortliche Personen zum Handeln zu bewegen.

11:50 Uhr – Die Bundespolizei meint es ernst. Durchsage am Flughafen: Aufgrund der aktuellen Buchungslage wird Passagieren 250 Euro geboten, die ihren Platz in dem Flieger zur Verfügung stellen und einen Umweg fliegen. Die ersten Personen stellen sich an, um das Angebot anzunehmen. Eventuell wird versucht, Plätze für zusätzliche Bundespolizisten zu bekommen.

12:05 Uhr – Verhandlungen mit der Polizei. Es wird versucht eine Spontankundgebung anzumelden.

12:14 Uhr – Der Pilot, der Sicherheitschef und ein Übersetzer diskutieren, wie es weitergeht.

12:18 Uhr – Einige Passagiere haben erklärt, dass sie nicht mitfliegen wollen, wenn abgeschoben wird. Es wird versucht Ihnen die Tickets abzukaufen und ihnen einen Alternativflug anzubieten.

12:20 Uhr – Es werden weitere Flugblätter verteilt. Das Luft-hansa-Personal weigert sich jedoch die englischsprachige Fallbeschreibung an den Piloten weiterzugeben.

12:22 Uhr – Wie vermutet, will die Bundespolizei weitere Beamte in den Flug buchen, um den Sicherheitsbedenken von Air-Malta zu begegnen. Schickt unbedingt weiter Faxe und ruft an!

12:23 Uhr – Das Boarding beginnt, die ersten Passagiere besteigen den Flug. Abdilahi ist noch nicht über den Boardingbereich eingestiegen. Ob es eine weitere Zustiegsmöglichkeit gibt, wissen wir nicht.

12:27 Uhr – Auch im Sicherheitsbereich direkt vor dem Flieger werden Flugblätter verteilt.

Am 3. Oktober folgte eine weitere Demonstration am Münchener Flughafen gegen Abschiebungen: Anlass waren erstens die Abschiebungen zweier iranischer Geflüchteter am selben Tag vom Flughafen Frankfurt aus – wie auch zweitens die Wut über alle stattfindenden Abschiebungen.



Aktion am Flughafen gegen Abschiebungen nach Malta, Okt 2011

Flyer für Passagiere, Antiabschiebeaktion, Aug 2011 (n.S.)

Generelle Demonstrationsverbote an Flughäfen wurden aufgrund ihrer Unvereinbarkeit mit dem Grundrecht auf Versammlungsfreiheit kurz zuvor vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt, was es umso wichtiger machte, diesen symbolischen und faktischen Raum der globalen Ungleichheit politisch zu besetzen: »Der Flughafen ist ein Tatort permanenter Menschenrechtsverletzungen. Wir werden unseren Protest weiterhin konsequent dorthin tragen und den Staat und die Abschiebeairlines für ihre unmenschliche Praxis anprangern.« (Presseerklärung zur Aktion)

Weitere Aktionen 2011: Protest gegen die Abschiebung von Hanifi B. in die Türkei, 12. April · Solidaritätsaktion vor dem griechischen Konsulat mit 300 hungerstreikenden Geflüchteten in Athen, 10. April · Veranstaltungsreihe »Recht zu gehen, Recht zu bleiben« · No border lasts forever-Konferenz in Frankfurt, 18.-20. November

Für ein Recht auf Migration – nach und in Europa!

Am 30. März 2012 versammelten sich 200 Teilnehmer*innen am Münchener Flughafen, um gegen Abschiebungen von Geflüchteten auf Grundlage der sog. Dublin-Verordnung zu protestieren. Mit einem Flashmob und anschließenden Redebeiträgen zur Situation von Geflüchteten in den süd- und südosteuropäischen Ländern, in die die meisten Dublin-Abschiebungen von Deutschland aus vorgenommen werden, wollten wir ein Zeichen gegen die Missachtung von Flüchtlingsrechten setzen und für eine Bewegungsfreiheit nach und in Europa für alle Menschen demonstrieren. In den darauffolgenden Jahren war das Dublin-System immer wieder Teil unserer Kämpfe: Vernetzungstreffen zum Thema Dublin mit Ehrenamtlichen in der Flüchtlingsarbeit, weitere Protestaktionen oder auch Unterstützung von Menschen, die sich gegen eine drohende Dublin-Abschiebung zur Wehr setzen.

Das europäische Grenzregime ist weit mehr als eine militarierte Außengrenze, mit Stacheldrahtzäunen und Grenzpolizeien, mit Bewegungssensoren und Wärmebildkameras. So verfolgen die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten beispielsweise seit Jahren die Strategie, die Fluchtmigration bereits weit vor den Toren Europas zu unterbinden. Mit »Aufklärungsarbeit« in den Herkunftsländern, deren einzige wirkliche Folge meist die Kriminalisierung von Fluchtmigration bedeutet. Mit politischer und polizeilich-militärischer Zusammenarbeit mit Transitländern wie Mauretanien, Libyen oder Marokko. Mit einer Politik der »Bekämpfung von Fluchtursachen«, die meist Geflüchtete selbst als die Ursachen von Flucht bekämpft.

Wichtige Information an die Passagiere des Fluges

LH [REDACTED] nach Malta

Abschiebung an Bord ihres Fluges geplant

Sehr geehrte Fluggäste,

Auf dem heute für 09:30 Uhr vorgesehenen Flug LH [REDACTED] der Lufthansa von Frankfurt nach Malta plant die Bundespolizei, den 17-jährigen Flüchtling Ajanle [REDACTED] aus Somalia abzuschieben.

Warum wird ein somalischer Flüchtling nach Malta abgeschoben?

Ajanle kam über Malta nach Europa - auf der Suche nach Schutz, denn in Somalia herrscht ein blutiger Bürgerkrieg. Bei seiner Ankunft in Malta wurden ihm Fluchtwege abgenommen und er wurde sofort inhaftiert, und übrigens alle Flüchtlinge, die in Malta einen Ausreisepass haben, Ajanle ist noch sehr jung und war dennoch inhaftiert in Haft, ohne einen Grund als der Suche nach einem sicheren Ort zum Leben. Schließlich in Freigebiet wurde, bis er daher aus Malta.

Somit ist Freigebiet abgenommen, jetzt jedoch, dass das erste Land der Einreise zuständig ist für die Einreise des Flüchtling - und dass alle Flüchtlinge in das jeweils nächste Land abgeschoben werden können. Oftmals bleibt unklar, ob sie dort den nötigen Schutz bekommen oder weitere Inhaftierung befehlen müssen.

Es gibt jedoch die Möglichkeit, dass Deutschland entscheidet, den Asylantrag dennoch hier zu prüfen. Bei minderjährigen die über Malta gekommen sind, und das häufig gemacht, weil ihre Situation in Malta sehr schlecht ist.

Aus Angst vor weiteren Monaten in Haft hat sich Ajanle bereits einmal verweigert und erfolgreich gegen seine Abschiebung gewehrt. Der heutige Abschiebeversuch nach Malta wird für ihn der letzte und seine abschiebende sein. Dann heute endet die sogenannte Überstellungsfrist innerhalb derer die Abschiebung nach Malta durchgeführt werden muß. Wird er nicht heute abgeschoben, wird sein Asylverfahren in Deutschland durchgeführt.

Ajanle möchte hier bleiben - und endlich die Ruhe kommen. Er braucht Ihre Unterstützung. Wir bitten Sie als Fluggäste nach Malta und für ihn der letzte und seine abschiebende sein. Dann heute endet die sogenannte Überstellungsfrist innerhalb derer die Abschiebung nach Malta durchgeführt werden muß. Wird er nicht heute abgeschoben, wird sein Asylverfahren in Deutschland durchgeführt.

Ajanle möchte hier bleiben - und endlich die Ruhe kommen. Er braucht Ihre Unterstützung. Wir bitten Sie als Fluggäste nach Malta und für ihn der letzte und seine abschiebende sein. Dann heute endet die sogenannte Überstellungsfrist innerhalb derer die Abschiebung nach Malta durchgeführt werden muß. Wird er nicht heute abgeschoben, wird sein Asylverfahren in Deutschland durchgeführt.

kein mensch ist illegal

Was Sie als Fluggast tun können:

Doch trotzdem schaffen es jährlich Hunderttausende oder mehr, nach Europa zu gelangen. Für viele beginnt eine weitere, anstrengende Zeit: sie müssen sich ihr Bleiberecht erkämpfen, das Recht auf Arbeit, Bildung, und Wohnen. Einige werden nach wenigen Wochen oder Monaten, andere werden oft noch nach Jahren in ihre Herkunftsländer abgeschoben. Oder sie werden innerhalb Europas deportiert – auf Grundlage der Dublin-III-Verordnung. Diese Verordnung sieht vor, dass Geflüchtete in dem europäischen Land Asyl beantragen müssen, das sie als erstes betreten haben. Verlassen sie das Land und gehen in einen anderen europäischen Staat, sollen sie mittels des Abgleichs von Fingerabdrücken erkannt und in das Land der Ersteinreise zurückgeschickt werden. Vordergründig sollte das, so lautet es im EU-Jargon, Zuständigkeiten klären, das sogenannte »Asylshopping« verhindern und das Fortsetzen der Migration innerhalb Europas unterbinden.

Während Länder wie Deutschland mit dem System versuchten, sich aus der Verantwortung zu ziehen, sollte die überwältigende Mehrheit der Asylanträge von Ländern wie Italien oder Griechenland bearbeitet werden. So soll der Druck auf diese Staaten erhöht werden, die Außengrenzen besser unter Kontrolle zu bringen. Dieser Umstand trägt auch dazu bei, dass die Situation für Geflüchtete in Ländern an der europäischen Außengrenze von mangelndem Zugang zu Sozialleistungen, Obdachlosigkeit, Inhaftierung und Verfolgung geprägt ist. Und so schaffte Dublin das Gegenteil von dem, was das vordergründige Ziel dieser Politik sein sollte. Migrationsbiographien von Geflüchteten in Europa sind geprägt von regelrechten Odysseen, über Jahre gehen Menschen auf der Suche nach einer Lebensperspektive von einem Land zum nächsten, immer mit der Gefahr konfrontiert, wieder in das Land ihrer Ersteinreise abgeschoben zu werden.

Transpi gegen Dublin-Abschiebungen, März 2012

Abflug / Departure		Abschiebungen / Deportations	
Flug <i>flight</i>	Zeit <i>time</i>	Zielort <i>destination</i>	Status <i>status</i>
	07:10	ITALIEN	OBdachlosigkeit
JP	07:20	UNGARN	MISshandlung
KM	07:45	MALTA	ELEnd
AEE	07:55	ZYPERN	GEFAENGnis
LH	08:00	GRIECHENLAND	GESTRICHEN
		ABSCHIEBUNGEN	STOPPEN

Auch in Bayern richten sich die Kämpfe von Geflüchteten gegen dieses System: immer wieder schaffen es Menschen, sich einer Dublin-Abschiebung zu entziehen, zum Beispiel durch den Eintritt in ein Kirchenasyl. Auch mit erfolgreichen Klagen vor Gerichten konnten Abschiebungen gestoppt werden. Ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte von 2011 ist besonders bemerkenswert, als ein Asylsuchender in Belgien gegen seine Abschiebung nach Griechenland klagte und gewann. Eine generelle Aussetzung von Abschiebungen nach Griechenland war die Folge. Das Dublin-System war also bereits vor dem Sommer der Migration im Jahre 2015 ein Sorgenkind der repräsentativen Migrationsagenda Europas.

Besonders durch die Ankunft tausender Asylsuchender am Münchner Hauptbahnhof wird uns die Migrationsbewegung des Sommers 2015 für immer in Erinnerung bleiben. Diese Bewegung war dazu im Stande, dem damaligen europäischen Grenzregime wie nie zuvor seine eigenen Grenzen aufzuzeigen und die repressiven Apparate der Europäischen Union und seiner Mitgliedstaaten in die Knie zu zwingen. Darunter auch die Dublin-Verordnung, die Deutschland über mehrere Wochen erst gar nicht mehr anzuwenden versuchte. Die Migrant*innen, die sich im Sommer 2015 entlang der Balkanroute immer wieder das Recht erkämpften, weiter zu migrieren und schließlich nach Deutschland oder in andere europäische Staaten kamen, hatten nicht mehr und nicht weniger als (Bewegungs-)Geschichte geschrieben.

Beginnend mit der schrittweisen Einführung nationaler Grenzkontrollen im Schengenraum, folgte im Jahr 2016 mit dem Deal zwischen der Europäischen Union und der Türkei zur Rücknahme von Geflüchteten, die über die Ägäis Griechenland erreichten, der repressive Roll-Back in der Migrationspolitik. Die stärkere Einbindung Libyens in das Grenzregime reduzierten – auf Kosten von massenhaften Inhaftierungen und grausamen Folterungen von Transitmigrant*innen – in den vergangenen zwei Jahren auch die Zahl der Überfahrten entlang der zentralen Mittelmeerroute nach Italien. Während die Unterstützung von Geflüch-

teten und die Solidarisierung mit ihren Kämpfen europaweit immer heftiger kriminalisiert wird, hat die Europäische Kommission auch für das Dublin-System eine Reihe von Veränderungen vor, die allesamt nur ein Mehr an Repression zu einer besseren Umsetzung vorsehen – wie beispielsweise die Streichung von Sozialleistungen für Menschen im Dublin-Verfahren.

Zumindest für die Umsetzung dieser Reform hin zu einer Dublin-IV-Verordnung müssen europäische Regierungen und Institutionen – auch aufgrund der Uneinigkeit zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten – noch einige Hürden meistern. Die antirassistischen Kämpfe müssen eine solche Hürde sein, die sie nicht zu überwinden vermögen.

2012

Anfang des Jahres protestierten jugendliche Geflüchtete in der Bayernkaserne im Münchner Norden gegen die menschenunwürdige Unterbringung und für eine kindgerechte Behandlung. Die Jugendlichen lebten unter unerträglichen hygienischen Bedingungen, bekamen Essenspakete mit teilweise abgelaufenem Essen und mussten sich zu viert ein Zimmer teilen.

Eine ausreichende psychologische Versorgung war nicht gewährleistet und sie hatten kaum Zugang zu Bildungsangeboten. Durch einen Hungerstreik machten die Jugendlichen auf ihre desaströse Situation aufmerksam und zwangen die Verantwortlichen von Regierung und Jugendamt, sich ein Bild von der Lage zu machen und mit den Betroffenen zu sprechen. Gemeinsam mit anderen Organisationen solidarisierten wir uns mit dem Protest, besuchten die Jugendlichen in der Bayernkaserne und begleiteten den Protest mit Pressearbeit.

Am 03. März demonstrierten wir dann zusammen mit dem Bündnis Nako! Stop Deportation to Afghanistan, Jugendliche ohne Grenzen Bayern und dem bayerischen Flüchtlingsrat gegen geplante Abschiebungen nach Afghanistan – ein Protest, der auch 2018 leider nichts an seiner Dringlichkeit verloren hat: momen-

tan protestieren wir jeden Monat gegen Sammelabschiebungen nach Kabul.

Ein besonderer Fokus der Gruppe blieb weiterhin das europäische Grenzregime und die Entwicklungen der europäischen Asylpolitik, weshalb wir im Rahmen eines bundesweiten Aktionstags gegen Dublin-II-Abschiebungen am 30.3.2012 am Münchener Flughafen demonstrierten (siehe Artikel Dublin-II und Grenzregime).

Im Frühjahr 2012 begann eine neue Ära von selbstorganisierten Protesten von Geflüchteten in Deutschland. Am 19. März traten zehn iranische Geflüchtete in einer Gemeinschaftsunterkunft in Würzburg in den Hungerstreik, um für eine schnellere Anerkennung ihrer Asylgesuche und gegen die Unterbringung im Sammellager zu kämpfen. Vorausgegangen war der Selbstmord Mohammad Rashepars, der sich am 29.01.2012 in dem Lager in Würzburg aus Verzweiflung das Leben nahm. Die hungerstreikenden Geflüchteten erklärten in ihrer ersten Presseerklärung:

»Wir leiden unter dem langwierigen, Jahre anhaltenden Prüfungsprozess unserer Asylanträge und hoffen jeden Tag darauf, dass sich diese Folter der Ungewissheit schnellstmöglich zum Besseren wendet. Diese Ungewissheit und dass uns keinerlei Selbstständigkeit im Alltag gewährt wird, wir außerdem wie Gefangene gehalten werden, zermürbt uns und treibt uns Schritt für Schritt in den Tod.«

Die Geflüchteten forderten die Sozialministerin auf, nach Würzburg zu kommen und Stellung zu den Forderungen zu beziehen. Die Karawane München erklärte sich solidarisch mit den Kämpfen und begleitete die weitere Entwicklung des Protests.

Im Frühsommer fanden unter dem Motto »Enough! Equal Rights Now!« die Lagerland-Aktionswochen vom 14. bis 26. Mai 2012 in ganz Bayern statt.

In Aschaffenburg, Augsburg, Bamberg, Landshut, Passau und München gab es Infostände, Diskussionsveranstaltungen, Demons-

trationen, Ausstellungen und Filmvorführungen, um die untragbare Situation in der Flüchtlingspolitik zu verdeutlichen und für eine Verbesserung der Lebensbedingungen von Geflüchteten einzutreten.

In München beteiligten wir uns am 23. Mai mit einer Demonstration zum Sozialministerium, um eine konsequente Umsetzung von Jugendhilfestandards für Geflüchtete zu fordern. Am 26. Mai fand dann zum Abschluss der Aktionstage eine Demonstration zum bayerischen Landtag gegen das Asylbewerberleistungsgesetz, gegen Flüchtlingslager und gegen die rassistische Flüchtlingspolitik statt. Vor der Bannmeile am Landtag wurden symbolisch Piñatas zerschlagen, die darstellen sollten, dass wir die alltäglichen rassistischen Repressionsinstrumente wie Essenspaketen, Lagerzwang, Arbeitsverbote und Residenzpflicht zerschlagen wollen und stattdessen gleichberechtigte Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben für alle Geflüchteten fordern.

In der Zwischenzeit breiteten sich die Proteste von Geflüchteten in Bayern und darüber hinaus aus und machten eine neue Dynamik in den Kämpfen von Betroffenen gegen das rigide Lagersystem, Isolation und gesellschaftliche Ausgrenzung spürbar. In Solidarität mit den Protesten zogen wir am Abend des 25. Juli mit etwa 200 Menschen in einer Nachtdemonstration unter musikalischer Begleitung der Express Brass Band vom Geschwister-Scholl-Platz vor der Universität durch die Innenstadt bis zum Gärtnerplatz. Die streikenden Geflüchteten starteten im September einen Protestmarsch nach Berlin. Im Aufruf schrieben sie:

»JETZT ist die Zeit aufzustehen, weil wir nicht länger passiv Zeugen des Todes eines von uns sein möchten. Denn die unmenschliche Behandlung der Asylbewerber in Deutschland kann jeden von uns in den Tod treiben.«

Und weiter:

»Die streikenden Flüchtlinge in ganz Deutschland, die einen starken und koordinierten gemeinsamen Protest begonnen haben, haben beschlossen, am 8. September eine neue Aktion zu starten: Ab diesem Tag werden Asylsuchende auf zwei verschiedenen Routen nach Berlin marschieren, um dort der deutschen Regierung zu zeigen, dass auf jede Anwendung des unmenschlichen Abschiebegesetzes eine Reaktion der Bewegung folgen wird. Die Flüchtlinge werden lauter schreien denn je, sie werden ihren Kampf weiterführen, bis die Lager mit ihren katastrophalen Bedingungen geschlossen werden. Mit der Versammlung in Berlin werden die Flüchtlinge aktiv gegen die diskriminierende Residenzpflicht verstoßen, die sie zwingt, sich in einem bestimmten Bereich aufzuhalten.«

Wir als Karawane versuchten, den Protest medial und finanziell zu unterstützen. Aktivist*innen der Karawane München begleiteten den ersten Teil des Protestmarschs aktiv vor Ort. Nach 28 Tagen Fußmarsch kamen die Geflüchteten schließlich in Berlin an und haben die Proteste dort trotz massiver Repression weiter fortgesetzt (Ein genauer Überblick über die selbstorganisierten Proteste kann an dieser Stelle nicht gegeben werden, aufgrund der enormen Bedeutung für die antirassistische Protestbewegung wollen wir sie aber nicht unerwähnt lassen). Wir begleiteten die Proteste von München aus weiter mit Informationsveranstaltungen und Solidaritätskundgebungen, etwa am 03. Dezember, als die protestierenden Geflüchteten zu einem Aktionstag aufgerufen hatten, mit einer Aktion am Münchner Hauptbahnhof.



Nachtdemo: In Solidarität mit Flüchtlingsprotesten in Bayern, Juli 2012

Interview mit Arash, Refugee-Aktivist aus München

Wie fingen für dich die Refugee Proteste an?

Ich habe am Anfang in Düsseldorf gewohnt und über Kontakte und das Internet von geflüchteten Männern in Würzburg gehört, die gegen die Umstände einen Protest organisieren wollten. Ich habe mit ihnen Kontakt aufgenommen und sie waren sehr offen. Also bin ich nach Würzburg gefahren, wo wir eine Woche oder zehn Tage in der GU diskutiert haben, was wir machen können. Unsere erste Aktion war ein Boykott der Essenspakete und ein symbolischer Hungerstreik gegen diese. Wir haben viel diskutiert, auch in verschiedenen Sprachen, und am Ende waren wir 10 Flüchtlinge aus dem Iran, die sich entschieden haben, den Protest aus dem Camp, aus der Isolation nach draußen zu tragen. Am 19.03.12 begann der Protest in der Innenstadt von Würzburg vor dem Rathaus mit einem Hungerstreik. Nach 17 Tagen Streik kam es zu dem ersten Treffen mit Vertretern der Stadt Würzburg, dem Bundesamt für Migration und der Regierung. Es wurde viel darüber berichtet und wir haben wegen den Versprechungen den Hungerstreik beendet. Sie wollten ihre Versprechungen in den nächsten 60 Tagen umsetzen, jedoch ist bis Ablauf dieser Zeit nichts passiert. In diesen 60 Tagen gab es auch intern viele Konflikte, zum Beispiel wollten 20 Afghanen mit uns protestieren, aber viele hatten Angst, dass die Versprechungen an uns nicht eingehalten werden, wenn wir zu viele Protestierende sind. Es war ein wichtiger Punkt, der sich durch die Geschichte des Protests gezogen hat, ob wir für individuelle Verbesserungen oder für Verbesserungen für alle Geflüchteten, egal welcher Nationalität, protestieren. Nachdem nach 60 Tagen nichts passiert ist, haben wir einen neuen Hungerstreik gestartet, doch die Zeitung Mainpost hat behauptete, wir würden nur Ramadan abhalten und dies als Hungerstreik tarnen. Daraufhin waren wir wütend, wir fühlten uns nicht ernst genommen. Also wollten wir zeigen, dass wir es ernst meinen. Nach langer Diskussion entschieden

wir uns für das Zunähen unserer Münder. Die ersten zwei Freiwilligen waren ich und Mohammed. Die Aktion dauerte 37 Tage. Insgesamt haben sich 11 Flüchtlinge den Mund zugenäht. Wir wurden teilweise als Verrückte dargestellt, dass wir in die Psychiatrie müssen. Aber dadurch, dass wir so viele waren, konnten sie nicht sagen, dass wir alle gleichzeitig verrückt werden. Meine Analyse dieser Zeit ist, dass versucht wurde, uns als Gruppe zu spalten u.a. dadurch, dass drei Geflüchtete in dieser Zeit eine Anerkennung als Flüchtlinge bekommen haben. Auch haben sich manche Geflüchteten aus dem Lager in Würzburg mit einem offenen Brief von uns distanziert. Wir hatten nur noch wenig Sympathie bei den anderen Geflüchteten. Gleichzeitig mussten wir überlegen, wie weit wir mit unserem Streik gehen wollen, wenn unserer Forderungen nicht akzeptiert werden würden. Wir wollten, dass am Ende ein positives Ergebnis steht. Auch wenn wir sterben würden, dann nur für ein positives Ergebnis. Also entschieden wir uns, das Ende aller Abschiebungen zu fordern. Unsere Pressemitteilung damals war in sehr kindlicher Sprache geschrieben: »Sie stoppen, wir stoppen«. Nach 34 Tagen bin ich ohnmächtig geworden, nach 37 Tagen Mohammed. Wir wurden ins Krankenhaus gebracht, uns wurden Infusionen gelegt und die Münder aufgeschnitten. Damit wurde der Protest nach 37 Tagen beendet. Zurück im Protestzelt haben wir Zuwachs von Ashkan bekommen und haben wieder lange diskutiert, wie es weitergehen soll. Wir waren in keiner guten Situation, wir schliefen seit 5 Monaten auf der Straße, waren körperlich sehr geschwächt und erlitten immer wieder Niederlagen. Ein neuer Hungerstreik erschien uns nicht sinnvoll. Am Ende entschieden wir uns für die Idee »Tent Action«, also in verschiedenen Städten Protestzelte aufzubauen. Wir gingen in die Städte Regensburg, Würzburg und Düsseldorf. Am Ende waren es noch München, Nürnberg, Bamberg, Berlin, Frankfurt, Aub und Passau. Wir hatten von jeder Stadt Delegierte, die sich in Frankfurt getroffen haben, um die nächsten Schritte zu besprechen. Mit dabei waren u.a. auch the Voice und Karawane Wuppertal. Nach einiger Zeit haben wir uns

entschieden, einen Protestmarsch nach Berlin zu machen. Kurz davor wurde ich von der Polizei festgenommen wegen Verstoß gegen die Residenzpflicht nach Düsseldorf gebracht. Am nächsten Tag kam ich wieder zurück und am 8. September begann von Würzburg aus der Protestmarsch. Wir wussten am Anfang nicht, wie wir alles finanzieren sollten. Das Geld, das wir hatten, haben wir erst einmal für die Bustour ausgegeben, damit sie die Lager abfahren und Geflüchtete mitnehmen können. Doch bereits am zweiten Tag des Marsches haben wir erfahren, dass wir 30.000€ Spenden gesammelt hatten. Unsere erste Pressekonferenz war während dem Marsch. Wir haben gegen die Residenzpflicht verstoßen und wollten deshalb, dass die Presse dabei ist, falls wir von der Polizei aufgehalten werden. Wir wurden nicht aufgehalten und hatten eine sehr positive Energie. Möchtest du noch mehr erfahren über den Protestmarsch oder reicht es erstmal? Ich denk das ist meine Antwort darauf wie alles begann.

Haha, ja das war auf jeden Fall ein guter Einstieg. Mich würde noch die Motivation der Leute interessieren. Was meinst du war die Motivation für die Leute, warum sie mitgemacht haben, waren es persönliche Gründe oder war es ein kollektiver Verbesserungswunsch. War die Motivation überhaupt wichtig?

Während der Tent Action haben wir uns entschieden, dass unser Protest bestimmte Prinzipien hat. Dazu gehörte auch, dass Nationalität bei dem Protest keine Rolle spielen soll und jede*r, der mit uns protestieren will, unabhängig von der Nationalität, dies machen darf. Gerade bei iranischen Geflüchteten ist das Nationalgefühl sehr hoch gewesen, also haben wir bei den Plenas viel darüber gesprochen. Auch haben wir viel über Menschenrechte diskutiert und darauf unsere Proteste gestützt. Zum Beispiel die Residenzpflicht, das war ein wichtiges Thema für uns. In den Menschenrechtskonventionen steht, dass der Mensch das Recht hat, sich frei zu bewegen und auch Deutschland hat diese Konventionen unterschrieben. Also muss doch Deutschland entweder uns Geflüchteten absprechen, dass wir Menschen sind oder sie müssen die Residenzpflicht streichen. Mit dieser Argumen-

tation konnten wir neuen Geflüchteten, die sich dem Protest anschließen wollten, Mut machen. Natürlich spielt auch die persönliche Situation bei der Motivation mit, bei mir persönlich auch – wie in jeder Bewegung: Frauenbewegung, Flüchtlingsbewegung, Arbeiter*innenbewegung. Wenn jemand zu mir kommt und sagt »ich habe keine persönliche Erwartung oder Forderung, die mein Leben betreffen«, dann ist diese Person für mich ein Engel und kommt vom Himmel. Ich glaube nicht an Engel. Ich als Marxist glaube, dass Diskriminierung, wenn sie mich selbst betrifft, dazu führt, dass sich Leute zusammenschließen. Wenn sich also mehrere Individuen betroffen fühlen und sich zusammenschließen, dann entsteht daraus eine Einigung, ein Wir-Gefühl, aus dem heraus Protest entstehen kann. Also ja, ich glaube die persönliche Erfahrung und Lebenssituation ist sehr wichtig.

Wenn wir jetzt die Situation 2012 mit heute vergleichen, so war die politische Stimmung damals viel offener für eure Proteste als heute. Die Politiker sind zu euch gekommen, haben zumindest mal den Dialog gesucht, auch wenn sie am Ende ihre Versprechungen nicht gehalten haben, aber so etwas ist ja heutzutage kaum mehr denkbar. Gleichzeitig hat sich für viele Geflüchtete die Lebenssituation enorm verschlechtert und viele Kämpfe, die scheinbar gewonnen waren, sind heute wieder neu zu führen – zum Beispiel die Residenzpflicht und Essenspakete, aber auch die Zuspitzung der Isolation und Lagerunterbringung in den Transitlagern. Was ist deine Einschätzung, warum waren eure Proteste damals so erfolgreich und warum wiederholt sich das in dieser Weise (noch) nicht?

Diese Frage hat für mich keine einfache Antwort. Die Antwort kann vielleicht aus verschiedenen Elementen bestehen. Ein Element ist sicher die deutsche Regierung, die Politiker*innen und die neuen Gesetze, die gekommen sind. Ein anderes Element sind sicher die Konflikte innerhalb des Protests der Geflüchteten. Eine große Schuld liegt sicher bei uns, der »alten« Generation von Geflüchteten. Zum Beispiel haben wir die Strategie des Hungerstreiks inflationär genutzt, sodass heute diese Strategie nicht

mehr ausreichend ernst genommen wird und selbst, wenn 500 Geflüchtete in den Hungerstreik treten, die Politik dies einfach ignorieren kann. 2013 beim Hungerstreik am Rindermarkt haben wir in der Pressemitteilung geschrieben, wir würden bis zum Ende mit unserem Hungerstreik gehen. Dies hat große Angst bei anderen Protestierenden ausgelöst und war nicht ausreichend miteinander diskutiert worden. Das sind auch ganz persönliche Fehler von mir oder den Anderen gewesen, die ich so heute nicht mehr machen würde. Aber damals hat das dazu geführt, dass wir irgendwann nicht mehr ernst genommen wurden und darunter leiden heute aktuelle Proteste.

Ein weiteres Element ist das Ergebnis der Asylrechtsverschärfungen in den letzten Jahren. Vorher waren alle Geflüchtete in einer ähnlichen Lebenssituation, heute gibt es eine starke Hierarchisierung unter den Geflüchteten. Manche dürfen arbeiten, manche haben Zugang zu Integrationsleistungen, manche müssen in Transitlagern leben. In den letzten Jahren in den Unterkünften hat man gemerkt, dass manche Geflüchtete überhaupt kein Problem mit ihrer Lebenssituation hatten und so war es für die Geflüchteten, die protestieren wollten unmöglich, Proteste zu starten, da sie von vielen Bewohner*innen nicht unterstützt wurden.

Gleichzeitig gab es bzw. kannten 2012 viele Geflüchtete noch keine zivilgesellschaftlichen Akteure, so wie den Flüchtlingsrat, die Karawane oder Ehrenamtliche. Heute ist das anderes. Aber das Problem ist, dass diese Akteure nicht eine gemeinsame Strategie verfolgen, wie politische Veränderungen erzielt werden können. 2012 waren die Alternativen viel kleiner für Geflüchteten: entweder sie protestieren oder sie machen es nicht, die Entscheidung war viel einfacher. Doch wenn mehr Möglichkeiten hinzukommen und ein Weg leichter, dann entscheiden sich viele für den leichteren Weg. Also wenn ein Geflüchteter heute die Wahl zwischen Protest, Selbstmord und Heiraten hat, um aus seiner Lebenssituation heraus zu kommen, dann entscheiden sich viele für das Heiraten und so kommt es nicht zu einem gemeinsamen Protest. Um sich für den Protest zu entscheiden, müsste es et-

was geben, was die Geflüchteten zusammenbringt. Das gibt es momentan nicht. Viele Geflüchteten haben Angst, dass die Proteste erfolglos sind und sie damit nur die Wut der Regierung auf sich ziehen und sie auch noch die geringe Bleibeance, die sie vielleicht haben, verspielen. Der Protest, wie er damals war, wird daher meiner Meinung nach nicht wieder in dieser Form funktionieren. 2015 war dieser Protest nicht abgeschlossen, aber doch in dieser Form abgeschlossen bzw. hat sich angefangen zu verändern und eine neue Generation von Geflüchtetenprotesten musste sich bilden.

Aber ich bin der festen Überzeugung, dass es früher oder später zu einer Explosion kommen wird. Die Städte wie Ellwangen oder Donauwörth und was dort aktuell passiert, zeigen, dass etwas passieren wird und sich neue Forderungen bilden, welche eine neue Form der Geflüchtetenproteste auslösen werden. Meine Aufgabe dabei ist es, mit den Leuten zu sprechen, damit sie aus unseren alten Fehlern lernen können. Aber wie der Protest dann aussieht, das werden die Betroffenen selbst gestalten.

Anmerkung: Verschriftlicht wurden nur ausgewählte Themen eines längeren Interviews. Vielen Dank Arash für deinen umfangreichen und spannenden Einblick in die Erfolge und Probleme aus den Jahren 2012 bis 2015.





Münchner Aktionstage »Lagerschlussverkauf«, Stachus, Juni 2009



Keine Abschiebungen nach Afghanistan, Demo am Münchner Flughafen, Feb 2017

2013

Im Jahr 2013 war die Karawane vor allem in Bündnissen und Netzwerken aktiv und setzte nicht so viele eigene Akzente, sondern unterstützte wichtige antirassistische Kämpfe und selbstorganisierte Proteste von Asylsuchenden.

Im Mai 2013 begann vor dem Oberlandesgericht München der Prozess gegen Beate Zschäpe, Ralf Wohlleben, André Eminger, Holger Gerlach und Carsten Schultze. Sie wurden beschuldigt, die terroristische Gruppe NSU unterstützt bzw. ihr angehört zu haben. Der Prozess geht nach fünfjähriger Verhandlungsdauer nun zu Ende, bei Drucklegung dieser Broschüre war das Ergebnis noch nicht bekannt.

Ein großes Bündnis organisierte vor Prozessbeginn am 13. April 2013 eine Demonstration, um gegen die Verstrickungen des thüringischen Verfassungsschutzes in die Nazi-Szene und das Vertuschen und Verschleiern der Behörden nach der Selbstenttarnung des NSU zu protestieren. Jahrelang hatten die Polizeibehörden gegen die Familienangehörigen und Freunde der Ermordeten ermittelt und die Opfer verdächtig, in kriminelle Aktivitäten verwickelt gewesen zu sein. Die Karawane beteiligte sich über viele Monate an der Bündnisarbeit und brachte sich vor allem bei der Öffentlichkeitsarbeit ein.

Gleichzeitig arbeiteten andere Karawanemitglieder in einem Bündnis mit der Non-Citizen-Bewegung an der Vorbereitung einer Demonstration am 22.06.2013 in München. Diese Demonstration endete in der Besetzung des Rindermarktes. Hier entwickelte sich in der folgenden Woche eine der spektakulärsten politischen Aktionen, die ausschließlich von Menschen getragen wurde, die sich als Non-Citizens bezeichneten. Gemeint waren damit nur Personen, die ohne Aufenthaltserlaubnis in Deutschland leben.

Die Gruppe der Non Citizens trat nur einen Tag später in den Hungerstreik mit der Forderung politischen Asyls nach Art. 16 a GG. Zwei Tage später erklärten die Aktivist/innen, nun auch nichts mehr zu trinken. Damit wurde die Lage sehr ernst. Poli-

tiker/innen schalteten sich ein. Unklar blieb lange Zeit, ob die Forderung nach der Asylanerkennung als taktische Maximalforderung einzuschätzen. Diese Forderung wurde später abgewandelt in die Forderung nach einer gruppenbezogenen Aufenthaltserlaubnis für alle Protestierenden. Schließlich kamen die Alt-Politiker Hans Jochen Vogel (SPD) und Alois Glück (CSU), um mit dem Sprecher der Streikenden zu sprechen. Als in diesem Gespräch jedoch klar wurde, dass kein konkretes Angebot der Regierung bezüglich eines Bleiberechts vorgelegt werden würde, wurde das Gespräch beendet. Die Streikenden hielten an ihren Forderungen fest. Am folgenden Morgen wurde das Camp dann von der Polizei geräumt.

Für die meisten der Streikenden hat sich der Kampf dennoch gelohnt. Fast alle konnten in der Folgezeit einen Aufenthaltsstatus erlangen.

Eine afghanische Frau konnte schon während des Streiks erreichen, dass die Abschiebung ihres inhaftierten Mannes nach Ungarn abgebrochen wurde und Deutschland das Asylverfahren übernahm. Sogar ein in Ungarn zurückgebliebener Sohn wurde nach Deutschland geholt und die ganze Familie erhielt die Anerkennung. Andere erreichten subsidiären Schutz oder ein Abschiebungsverbot.

Für die Non-Citizens Bewegung bedeutete die Aktion weiteren Auftrieb. Schon zwei Monate später setzten sich am 20.08.2013 zwei Demonstrationzüge zu Fuß von Würzburg und Bayreuth in Richtung München in Bewegung. Die Protestmärsche werden von massiver Polizeirepression begleitet. Am 03.09. kamen die Protestmärsche in München an. Die non-citizens besetzten danach das DGB-Haus als Basis für weitere Proteste.

Schließlich versprachen Politiker, sich mit den Non-Citizens zu einem Gespräch im Eine-Welt-Haus zu treffen. Es gab große Erwartungen aber keine Ergebnisse. Enttäuscht und wütend von der politischen Situation in München setzten die Non Citizens ihre Proteste in Berlin fort und beteiligten sich an einem Hungerstreik auf dem Pariser Platz in Berlin und an den Aktionen auf

dem Oranienplatz.

In München kam es aber trotzdem weiter zu spektakulären Aktionen. Eine Gruppe von sechs Senegalesen aus dem im Wald gelegenen Flüchtlingslager Böbrach begann am 31.10.13 mit Unterstützung der Karawane eine Protestaktion vor dem Bayerischen Sozialministerium. Eine Woche campierten die sechs Tag und Nacht vor dem Sozialministerium. Nach Verhandlungen mit dem Ministerium kehrten sie zunächst nach Böbrach zurück, wurden aber in der Folgezeit in andere Camps umverteilt.



Flyer zur Demo zum Auftakt des NSU-Prozesses, April 2013

About Karawane München by Akeem, Activist of the Lagerlandnetwork

My name is Akeem Ademola. I meet Karawane in 2013. I was new in Germany and I really needed help and assistance with my asylum process. The Karawane give me a lot of help and advice. Today I have the right to stay in Germany and I can say it is because of Karawane.

The first time i met Karawane München was in August 2013. I lived in Lechbruck and I had many problems because of my housing. The place was in a really bad condition and the landly treated as very bad and made many fights. One day when we had another argument the landlady beat my wife in the stomach. She was also friend with people from the Landratsamt. She later came again to us and told me i should pay money und put us under pressure. So we finally went to court. My Asylum lawyer told me about the karawane München that they can maybe support me. The Karawane München organized a lawyer and paied the lawyer for me and they also accompanied to court. Because of the situation in Lechbruck, together with Karawane München we made contact to press which later report about the situation in the newspaper. After that many politicians were upset about our situation and we could move to another place.

After that we made many demonstration and protests together with the Karawane München. For example they supported us in Sendlinger Tor protest in November 2014. Many refugees organised a protest camp because of the bad situation for refugees in Germany and to fight for our right to stay.

I know that they help many refugees as well with lots of actions and activities like the hunger strike in sendlinger tor and many other protests and demonstrations.



Brett vorm Kopf ?



**Lagerpflicht
abschaffen !**

»Brett vorm Kopf?« – Demo in München gegen Lager, Nov 2014

2014

Im Frühjahr beteiligten wir uns an einer Veranstaltungsreihe mit dem Titel [Ab/schottung – Ab/schiebung – Aus/grenzung], die mit einem Aktionstag gegen Abschiebungen am Münchner Flughafen am 09.03.2014 ihren Abschluss fand. Die Veranstaltungsreihe beschäftigte sich mit zwei inhaltlichen Veranstaltungen mit dem Thema Abschiebung, am 22.01. bei der Autorenlesung mit Militiadis Oulios zu seinem Buch *Blackbox Abschiebung* und am 11.02. bei der Filmvorführung zu *da.sein*, ein Filmprojekt von Aylin Basaran und Hans-Georg Eberl, das die Geschichten abgeschobener Personen nachzeichnet und die Folgen darstellt. Bei der Filmvorführung von *Leben verboten*, der Flüchtlinge in Bayern in ihrem politischen Kampf in ihrem tristen Lageralltag um ein menschenwürdiges Leben zeigt, und der anschließenden Podiumsdiskussion kommen Aktivist*innen aus Böbrach zu Wort, die Ende 2013 ein Protestcamp vor dem Sozialministerium in München veranstaltet hatten. Das Thema Lagerkämpfe war für die Karawane in diesen Jahren stets ein zentraler politischer Fokus.

Auch im Jahr 2014 hält die Konjunktur selbstorganisierter Flüchtlingsproteste an. Beim selbstorganisierten March for Freedom liefen ca. 100 Aktivist*innen – mit und ohne Aufenthalt – von Mai bis Juni 2014 mehr als 500 km von Straßburg nach Brüssel und forderten ein Recht auf Bewegungsfreiheit für alle. Sie überquerten gemeinsam als Akt des zivilen Ungehorsams sechs EU-Landesgrenzen und organisierten Aktionstage in mehreren Städten, sowie ein einwöchiges Protestcamp in Brüssel, bei dem mehr als 1000 Menschen europaweit für gemeinsame direkte Aktionen zusammen kamen. Aktivist*innen der Karawane München beteiligen sich an dem Protest und wir erklären uns solidarisch mit dem grenzüberschreitenden Kampf der Geflüchteten.

Im Sommer wird es etwas ruhiger um die Gruppe. Das Jahr 2014 stellte für die Karawane ein Jahr der Umstrukturierung und der Veränderung der politischen Rahmenbedingungen dar.

Einige langjährige Aktivist*innen waren aus München weg-

gezogen oder konnten aufgrund anderer Verpflichtungen nicht mehr mit dem gleichen Zeitaufwand in der Gruppe aktiv sein, wodurch wir am Ende des Jahres zum Teil nur noch sehr kleine Gruppentreffen hatten und wir uns mit einer durch Umzüge, Familiengründungen und Studienabschlüsse veränderten Gruppenstruktur auseinandersetzen mussten.

In München protestieren im November 2014 Geflüchtete selbstorganisiert am Sendlinger-Tor-Platz und treten in den Hungerstreik. Das Camp wird schließlich von der Polizei geräumt, aber der Protest macht die unzumutbaren Bedingungen, unter denen Asylsuchende in Bayern und Deutschland leben, auch öffentlich unübersehbar.

Im Herbst werden angesichts der Situation in den Lagern in Bayern und der einsetzenden Welle von massiven Verschlechterungen in der Asylgesetzgebung politische Interventionen gegen die herrschende Politik für uns unausweichlich. Mit der im September beschlossenen Ausweitung der sicheren Herkunftsländer um die Staaten des Westbalkans beginnt die große Koalition eine Reihe von repressiven Gesetzesänderungen auf den Weg zu bringen. Unter dem Motto *Die Verlierer euer großen Koalition: Flüchtlinge und Migrant*innen* rufen wir deshalb im Oktober 2014 zu einer Kampagne gegen die fortlaufenden Gesetzesverschärfungen auf, die seit Ende 2014 die Asylpolitik der Regierung prägten.

Am 26. November organisierten wir eine kleine Protestaktion vor der SPD-Zentrale in München, um die beschlossenen Verschärfungen der Asylgesetzgebung durch die große Koalition zu skandalisieren. Die symbolische Blockadeaktion von etwa 15 Aktivist*innen bildet den Auftakt der Kampagne, die wir mit einer eigenen Website mit Informationen zu den beschlossenen und geplanten Gesetzesvorhaben begleiten.

Bereits am 03. Dezember sind wir erneut vor der SPD-Zentrale, um im Rahmen eines bundesweiten Aktionstags gegen die Asylrechtsverschärfungen, an dem sich Gruppen aus Regensburg, Nürnberg, Bremen und Berlin beteiligen.

Die Unterbringungssituation von Geflüchteten in Bayern spitzt sich im Laufe des Jahres 2014 weiter zu, was zu diesem Zeitpunkt nicht hohen Ankunftsahlen, sondern der rigiden Auslegung der Lagerpflicht durch die CSU geschuldet ist. Statt private Wohnsitznahme zu erlauben, hält die bayerische Politik am Lagerzwang fest und forciert somit die Isolation von Geflüchteten, produziert desolate Lebensbedingungen und schafft so selbst einen Notstand – begleitend dazu wird über angeblichen »Asylmissbrauch« gehetzt und die Verantwortung auf die betroffenen Geflüchteten abgewälzt. Aufgrund dieser unerträglichen Politik organisierten wir am 04.11. zusammen mit dem Bayerischen Flüchtlingsrat die Demonstration *Asylpolitische Sturheit beenden – Lagerpflicht abschaffen*. Der Aufruf wird von vielen Gruppen und Organisationen mitgezeichnet und am Abend des 04. November sind wir mit über 800 Menschen vor das Bayerische Innenministerium gezogen, um die desolate Unterbringungspolitik der bayerischen Staatsregierung zu kritisieren.

Mit solidarischen Besuchen und Pressearbeit unterstützen wir Ende des Jahres die Beschwerden von Geflüchteten im oberbayerischen Lechbruck gegen die Zustände in der dortigen, privat betriebenen Gemeinschaftsunterkunft. Die dort untergebrachten Personen leiden unter dem maroden Zustand der Unterkunft, Schimmelbefall in den Zimmern, der Isolation des Ortes und die mangelnde Anbindung sowie, was am schwersten wiegt, Gewalt und rassistischen Beleidigungen durch die Betreibenden.

Gesetzesverschärfungen nach dem Sommer der Migration

Nach dem Sommer der Migration folgte eine Welle an Asylrechtsverschärfungen, die den Kurs der Regierung schnell deutlich machen: Entrechtung von geflüchteten Menschen und Ausbau des Abschiebestaates.

Schon vor dem Sommer 2015 wurde mit rassistischer Rhetorik und Diffamierung als sogenannten »Armutszuwanderung« die Migration aus den Balkanstaaten diskreditiert. Seit 2010 war die Zahl der Asylanträge von Menschen aus den Balkanstaaten stark angestiegen. Infolgedessen wurde im April 2014 beschlossen, Serbien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien auf die Liste der sogenannten Sicheren Herkunftsstaaten zu setzen, um Asylanträge einfacher und schneller ablehnen zu können.

Am 23. Oktober 2015 trat das Asylpaket I, auch »Asylverfahrenbeschleunigungsgesetz« in Kraft. Zum einen wurden Albanien, Montenegro und Kosovo als sogenannten sichere Herkunftsländer deklariert zum anderen wurde das Sachleistungsprinzip wieder eingeführt, die Möglichkeiten für Leistungskürzungen wurden ausgeweitet. Der Aufenthalt in Erstaufnahmeeinrichtungen wurde verlängert. Für die Zeit gelten für alle Arbeitsverbote und Residenzpflicht. Damit werden viele Rechte, die in den letzten Jahren erkämpft wurden, wieder zunichtegemacht. Für Menschen aus sogenannten sicheren Herkunftsländern gilt die Pflicht zur Wohnsitznahmen nun für das gesamte Asylverfahren und bis zur Abschiebung. Arbeiten dürfen sie auch nicht mehr. Das künftige Verbot, Abschiebetermine mitzuteilen erschwert unterdessen nicht nur den Rechtsschutz, sondern auch, Menschen gegen geplante Abschiebungen solidarisch zu unterstützen. Das Gesetz wurde im Bundesrat erst unter Mitwirkung des grünen Ministerpräsidenten Kretschmann ermöglicht.

Ab März 2016 gilt das Gesetz zur »Einführung beschleunigter Verfahren« - das Asylpaket II. Mit diesem Gesetz ist es möglich sogenannten beschleunigte Verfahren in »besonderen Aufnah-

meeinrichtungen« (Abschiebelager) durchzuführen. Des Weiteren werden die Auflagen zur Vorlage von Attesten derart verschärft, dass das Recht auf körperliche Unversehrtheit bei Abschiebungen keine Rolle mehr spielt. Psychologische Gutachten, attestierte PTBS sind kein Hindernisgrund bei Abschiebungen.

Mit dem Bayerische Integrationsgesetz, welches am 01.01.2017 in Kraft tritt, wird jeder Mensch auf die sogenannte »Bayerische Leitkultur« verpflichtet. Rechtliche Einschränkungen und Verpflichtungen treffen Menschen, die einen Großelternanteil haben, der nach Deutschland migriert ist. Mit diesem rassistischem Gesetz macht die CSU klar, nach welchen völkisch-nationalistischen Prinzipien Sie die Zugehörigkeit zur Gesellschaft definiert. Die Freiheiten und Rechte von Geflüchteten und Migrant*innen werden weiter beschnitten, im Gegenzug werden Polizeibefugnisse für rassistische Kontrollen weiter ausgeweitet. So darf die Polizei nun ohne konkreten Verdacht Razzien in Flüchtlingsunterkünften durchführen. Und das tut sie auch.

Am 29.07.2017 tritt das »Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht« ein, mit dem der Abschiebestaat weiter ausgebaut wird. Es ist nun möglich Handydaten von Geflüchteten auszulesen, des Weiteren wird die Abschiebegewahrsam verlängert. Außerdem müssen Menschen die längere Zeit mit einer Duldung in Deutschland leben nun mit unangekündigten Ingewahrsamnahme und Abschiebung rechnen.

Ab dem 01.08.2017 tritt das sogenannte »Gefährdergesetz« in Kraft. Mit dem Begriff Gefährder schafft die CSU eine neue, sehr schwammige Kategorie, mit der Menschen massivst entrechtet werden können. Die elektronische Fußfessel wird als weiteres Kontrollmittel eingeführt. Bei bestehendem Verdachtsmoment können Menschen bis zu 3 Monate präventiv eingesperrt werden und mit richterlichem Beschluss verlängert werden kann. Damit ist die Grundlage für eine Unendlichkeitsstrafe ohne Verurteilung geschaffen.



»Die Verlierer eurer Großen Koalition« – Protest SPD-Zentrale, Nov 2014

2015

Der Beginn des Jahres 2015 war geprägt von massiven Einschnitten in die sozialen und politischen Rechte von Geflüchteten. Die als »Asylpakete« bezeichneten Gesetzesänderungen (siehe Artikel Asylrechtsverschärfungen) stellten die drastischsten Einschnitte in der Asylgesetzgebung seit dem sog. Asylkompromiss 1993 dar.

Auch die mediale Debatte und das gesellschaftliche Klima in diesem Frühjahr zeigten eine kontinuierliche Diskursverschiebung zu rechten und rassistischen Positionen. Die Pegida-Bewegung war mittlerweile – mit mäßigem Erfolg – auch in München angekommen und allwöchentlich wurde Rassismus offen auf der Straße propagiert. Statt mit Solidarität reagierte die Parteienlandschaft in der Asylpolitik mit stetig wachsenden Repressionen und Hetze gegen Geflüchtete. Die Angriffe auf Asylunterkünfte nahmen schlagartig und in einer mörderischen Qualität zu – nahezu täglich gab es Brandanschläge und tätliche Angriffe gegen Geflüchtete.

Die Politik erleichterte derweil die Abschiebung von abgelehnten Asylsuchenden.

In diesem gesamtgesellschaftlichen Klima organisierten wir am 16. April in München die Demonstration *Asylrechtsverschärfungen stoppen! - Keine Abschiebehaft! Keine Einreiseverbote!*, die Teil einer bundesweiten Kampagne war.

Im Juni protestierten wir zusammen mit Betroffenen aus den Lagern im Rahmen des Netzwerks *Deutschland Lagerland* in der Münchner Innenstadt gegen Lagerpflicht und Diskriminierung von Asylsuchenden. Im Rahmen von *Deutschland Lagerland* stehen wir über die Jahre immer wieder in intensivem Kontakt mit Geflüchteten aus verschiedenen Lagern Bayerns und organisierten bis 2015 regelmäßig Treffen und gemeinsame Proteste.

Am 28.07. demonstrierten mehr als 4000 Menschen in München gegen die Pläne der CSU, Asylbewerber vom Balkan an den Grenzen im Schnellverfahren abzulehnen. Dennoch wurden ab September Sonderlager für Geflüchtete aus sicheren Herkunfts-

ländern eröffnet – in Bamberg und in Manching bei Ingolstadt. Der Kampf gegen die Isolation, Ausgrenzung und Abschiebung der betroffenen Menschen in diesen Sammellagern wurde in den nächsten Jahren zu einem thematischen Schwerpunkt der Karawane. Zunächst standen wir jedoch relativ ohnmächtig vor dieser repressiven Maßnahme der CSU, die später sogar zum bundesweiten Modell erhoben wurde.

Auch die europäische Migrationspolitik war in diesem Jahr ein Kernfokus unserer Gruppe. Das Dublin-System befand sich nahe dem Zusammenbruch und Deutschland und Österreich versuchten durch eine trinationale Polizeikooperation eine effektivere Kontrolle der Grenze am Brenner zu erwirken. Hiergegen gab es vor Ort antirassistische Proteste, an denen auch Aktivist*innen der Karawane München teilnahmen. Daraus entstand eine Kooperation mit diversen antirassistischen Gruppen und Einzelpersonen. Wir veranstalteten am 30. Juli in der Ligsalz 8 eine gut besuchte Veranstaltung mit Referent*innen aus Südtirol und Österreich zu den Kämpfen um Bewegungsfreiheit im Schengenraum. Es entwickelte sich ein gemeinsames Projekt zum bordermonitoring entlang der Route von Italien über den Brenner und Innsbruck nach Deutschland.

Als sich in den nächsten Monaten der *lange Sommer der Migration* abzuzeichnen begann, stand allerdings eine andere Migrationsroute im Fokus. Zunehmend mehr Menschen machten sich im Sommer über die Türkei und die sogenannte Balkanroute auf den Weg nach Mitteleuropa. Für einige Zeit wurde das europäische Asylregime mit seinen militarisierten Grenzen und repressiven Regularien durch die Migrant*innen selbst faktisch außer Kraft gesetzt.

München wurde für die Menschen, die sich von Budapest aus in dem historischen March of Hope auf den Weg nach Österreich und weiter nach Deutschland gemacht haben, zum zentralen Ankunftspunkt.

Neben der Hilfsbereitschaft und Euphorie herrschte aber auch weiterhin die eiskalte Realität der deutschen Zustände. Gewalttä-

tige Angriffe auf Geflüchtete und Asylrechtsverschärfungen prägten trotz der Rede von Willkommenskultur das politische Klima.

Im Spätsommer 2015 haben wir verschiedene linke, antifaschistische und emanzipatorische Gruppen in München eingeladen, um eine gemeinsame Strategie für wirkungsvollere Interventionen bei rechten Angriffen und eine starke Gegenbewegung zu den Gesetzesverschärfungen zu entwickeln und die Willkommenskultur in einem antirassistischen Sinne zu politisieren. Hieraus entstand die Antirassistische Plattform München, die sich etwa ein Jahr lang regelmäßig traf und gemeinsam Aktionen und Demos, beispielsweise gegen Abschiebungen oder Naziaufmärsche, organisierte.

Am 24.10. organisierten wir in München eine Demo unter dem Motto *Solidarität mit allen Geflüchteten – Gegen Grenzen und Asylrechtsverschärfung*, die mit ca. 800 Teilnehmenden zwar einigermmaßen gut besucht war, jedoch nicht den erhofften Zustrom an Menschen aus den Helfernetzwerken, die im Zuge der großen Ankunftsahlen von Geflüchteten am Münchner Hauptbahnhof entstanden waren, brachte.

Das Jahr 2015 brachte eine weitreichende Veränderung für die Bedingungen antirassistischer Praxis und damit für unsere politische Arbeit mit sich. Dies lag vor allem an der diskursiven Erzeugung der sogenannten Flüchtlingskrise und dem faktischen Ankommen einer erheblichen Anzahl von Menschen in Deutschland. In den Vorjahren hatte unsere Arbeit häufig den Versuch dargestellt, Sichtbarkeit für das Thema zu generieren, den Betroffenen eine Stimme zu verleihen und Fortschritte bezüglich der rechtlichen Situation von Geflüchteten zu erkämpfen. Ab dem Sommer 2015 änderte sich dies deutlich: Im Vordergrund unserer Arbeit stand nun die Verteidigung gegen eine massive Welle rassistischer Hetze und Gewalt sowie die davon angetriebene, diesen Rassismus aber auch fördernde Politik der Repression und die Rücknahme politischer und sozialer Rechte. Zunächst hatten wir versucht, Aufmerksamkeit für ein – sowohl gesamtgesellschaftlich als auch von der radikalen Linken – eher als Nischenthema wahrgenommenes Feld zu erzeugen. Nun standen wir mitten in einer hochpolarisierten und medial enorm präsenten gesellschaftlichen Auseinandersetzung.



Demonstration gegen das Asylpaket I, Oktober 2015

Interview mit Arezu, Hazara Organisation in Bayern

Arezu, wann hast Du die Karawane München kennengelernt?

Ich lebe seit 2011 in München und habe die Karawane schon früh von Demos und so kennengelernt. Aber erst später hatte ich engeren Kontakt.

Was bedeutet Dir die Karawane?

Die Karawane stellt für mich und meine Gruppe eine große Hilfe dar. Meine Gruppe besteht nur aus Flüchtlingen. Wir haben nicht so viele Möglichkeiten und hatten anfangs kaum Kontakte. Wenn ich Unterstützung brauche, wie z.B. bei der Organisation der Protestaktionen der Hazara anlässlich der Teilnahme des afghanischen Präsidenten an der Sicherheitskonferenz im Februar 2018, dann kann ich mich immer an die Karawane wenden.

Im Februar 2017 hast Du mit der Karawane eine große Demonstration gegen die Abschiebungen nach Afghanistan organisiert. 1000 Menschen, darunter viele Afghanen haben daran teilgenommen. Wie denkst Du ein Jahr später darüber?

Die Demonstration hat zu einer Vernetzung der Hazara aus ganz Deutschland geführt. Von überall sind Leute gekommen. Auch aus anderen Bundesländern. Es waren aber nur Hazara da. Die Vernetzung hilft uns bis heute.

Warum kommen nach Deiner Meinung nur noch wenige Afghanen auf die Demos gegen die Abschiebungen?

Ich glaube, das liegt daran, dass die Afghanen ethnisch denken. Die trauen sich gegenseitig nicht. Und sie glauben, dass immer nur andere von Abschiebungen bedroht sind. Auch die religiösen Konflikte spielen eine Rolle. Die ganzen Probleme in Afghanistan wirken sich bis hierher aus.

Wie würdest Du Deine persönliche Entwicklung beschreiben, seit Du die politischen Aktivitäten begonnen hast?

Man akzeptiert mich in der Karawane und man hört mir mit Geduld zu. Ich kann über alles reden. Niemand redet mir rein und es macht nichts, wenn ich mal ein Wort nicht weiß. Ich ha-

be viel Selbstbewusstsein bekommen. Als ich nach Deutschland kam, habe ich das Kopftuch nicht mehr getragen. Ich wurde aber von anderen Afghanen schief angeschaut. Dann habe ich es wieder aufgesetzt. Jetzt trage ich es nicht mehr. Auch wenn ich mal ein Bier trinke oder rauche, sagt keiner mehr was. Und wenn, ist es mir egal. Alle sehen, dass ich stark bin und dass ich gut organisieren kann. Ich hatte auch in Deutschland eine schlimme Zeit. Ich habe Hilfe bekommen. Und jetzt ist es so, dass ich anderen helfen kann.

2016

Im Jahr 2016 verschärfte sich der Ton in der Asylpolitik nochmals drastisch. Vor dem Hintergrund eines massiven Anstiegs von Brandanschlägen auf Unterkünfte und Übergriffe auf Migrant*innen und Flüchtlinge und schwindender Solidarität wurden Forderungen aus dem gesamten Parteispektrum nach einem repressiveren Umgang mit geflüchteten Menschen laut. Allen voran versuchte die CSU mit rassistischer Hetze und reißerischer Rhetorik die Positionen in der Asyl- und Ausländerpolitik kontinuierlich weiter nach rechts zu treiben. Mit einer Kundgebung vor der CSU-Parteizentrale im Februar 2016 unter dem Motto »Einfach mal die Kresse halten« wollten wir daher auf die rassistische Hetze und die Scharfmacherei gegen geflüchtete Menschen der CSU aufmerksam machen und klarstellen, dass es inhaltlich und rhetorisch in vielen Stellungnahmen und Äußerungen der Partei keine erkennbare Differenz zur extremen Rechten mehr gibt und wie gefährlich der Einfluss der CSU als Regierungspartei in Bayern und im Bund in diesem Kontext ist.

In diesem Jahr zeichnete sich auch ab, dass die Regierung auf eine Durchführbarkeit von Abschiebungen nach Afghanistan hinarbeitet. Die Karawane beteiligte sich an der »Not Safe« Kampagne des Bayerischen Flüchtlingsrates, um mobil zu machen gegen den Versuch, in das von Krieg, Terror und Unterdrückung

betroffene Afghanistan abzuschieben. Für die auch finanzielle Unterstützung der Kampagne veranstalteten wir im Mai 2016 eine Infoveranstaltung mit anschließender Soli-Party. Zu diesem Zeitpunkt verhandelten Deutschland und die EU bereits seit längerem an einem Abschiebeabkommen mit Afghanistan. Dieses wurde trotz der nach wie vor desolaten Sicherheitslage im Oktober 2016 verabschiedet.

Anlässlich des ersten Charterfliegers nach Afghanistan wurde im Dezember 2016 in der Münchener Innenstadt, sowie in vielen anderen Städten gegen die menschenverachtende Abschiebepolitik demonstriert.

Vom 4.-7. August wurde unter dem Label »Solidarity4All« ein Protestcamp in Bamberg organisiert (siehe Artikel Abschiebelager und Protestcamp Bamberg), um gegen die katastrophale Situation der Menschen in den Abschiebelagern zu protestieren. Die Karawane war an Vorbereitung und Durchführung des Camps beteiligt. Dies stellte für sie einen der politischen Schwerpunkte dieses Jahres dar.

Im September veranstalteten selbstorganisierte Geflüchtete ein weiteres Protestcamp am Sendlinger-Tor-Platz. Nachdem die Stadt den Protest weitestgehend ignoriert hatte, organisierten die 50 Protestierenden einen Protestmarsch nach Nürnberg zum Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, um ein Bleiberecht für alle einzufordern. Im November wurde ein zweites Protestcamp in München aufgebaut, bei dem die Protestierenden nach kurzer Zeit in den Hungerstreik gingen. Die Polizei räumte schließlich das Camp. Aus den Reaktionen der Presse und von Politikern wurde deutlich, wie schwierig es aufgrund der stark abnehmenden Solidarisierung mit Migrant*innen ist, öffentlich Protest gegen die Diskriminierung von geflüchteten Menschen vorzubringen.

Die in dieser Zeit beschlossenen Asylpakete und die darin verabschiedeten Asylrechtsverschärfungen trafen vor allem die Menschen aus sogenannten sicheren Herkunftsländern. Viele der erkämpften asylrechtlichen Errungenschaften, wie die Abschaffung



»Einfach mal die Kresse halten« – Protest CSU-Parteizentrale, Feb 2016

von Residenzpflicht und Essenspaketen oder die Lockerung von Arbeitsverboten gingen mit den ersten beiden Asylpaketen für eine Großzahl der Betroffenen innerhalb kurzer Zeit wieder verloren. Im November wurden daher zusammen mit geflüchteten Menschen – hauptsächlich aus dem Senegal – Protestaktionen in München und Augsburg gegen die Arbeitsverbote und das dadurch erzwungene Nichtstun in den Lagern veranstaltet.

Am 05.11.2016 fand der CSU-Parteitag in der Messe München statt. Zu diesem Zeitpunkt war bereits das bundesweite sogenannte Integrationsgesetz verabschiedet worden. Dieses ging der CSU allerdings nicht weit genug – sie feilte bereits an einer verschärften Version für Bayern. Ebenso forderte die Partei in einem Papier vom September 2016 ein »Einwanderungsbegrenzungs-gesetz« und zeigte offen ihre völkisch-nationalistische Vorstellung von Gesellschaft: »Deutschland soll Deutschland bleiben. In Zukunft muss gelten: Vorrang für Zuwanderer aus unserem christlich-abendländischem Kulturkreis«. Deswegen demonstrierten wir bei dem Parteitag mit einer Theater-Aktion gegen die wiederholten und kalkulierten rhetorischen Ausfälle der Parteiverantwortlichen und das gezielte Ansprechen rassistischer Ressentiments. Wir versuchten damit, an unsere Proteste im Frühjahr anzuknüpfen und eine kontinuierliche CSU-Watch-Kampagne zu starten, welche die Bestrebungen der CSU, einen autoritären Rechtsruck zu forcieren, aufzeigen und angreifen sollte. Eine dauerhafte Kampagne konnte nicht realisiert werden, jedoch entzündete sich immer wieder themenbezogener Widerstand gegen das Gesellschaftsprojekt der CSU, etwa 2017 gegen das bayerische Integrationsgesetz oder jüngst gegen die Novelle des Polizeiaufgabengesetzes. Die CSU war und blieb der entscheidende Gegner für eine progressive und emanzipatorische Politik, der zunehmend stärkeren Einfluss auf die Bundesgesetzgebung zu den Themen Flucht und Asyl bekam.



Rassistische Hetze der CSU: Fischen im braunen Sumpf

In Erinnerung an Michi Berger

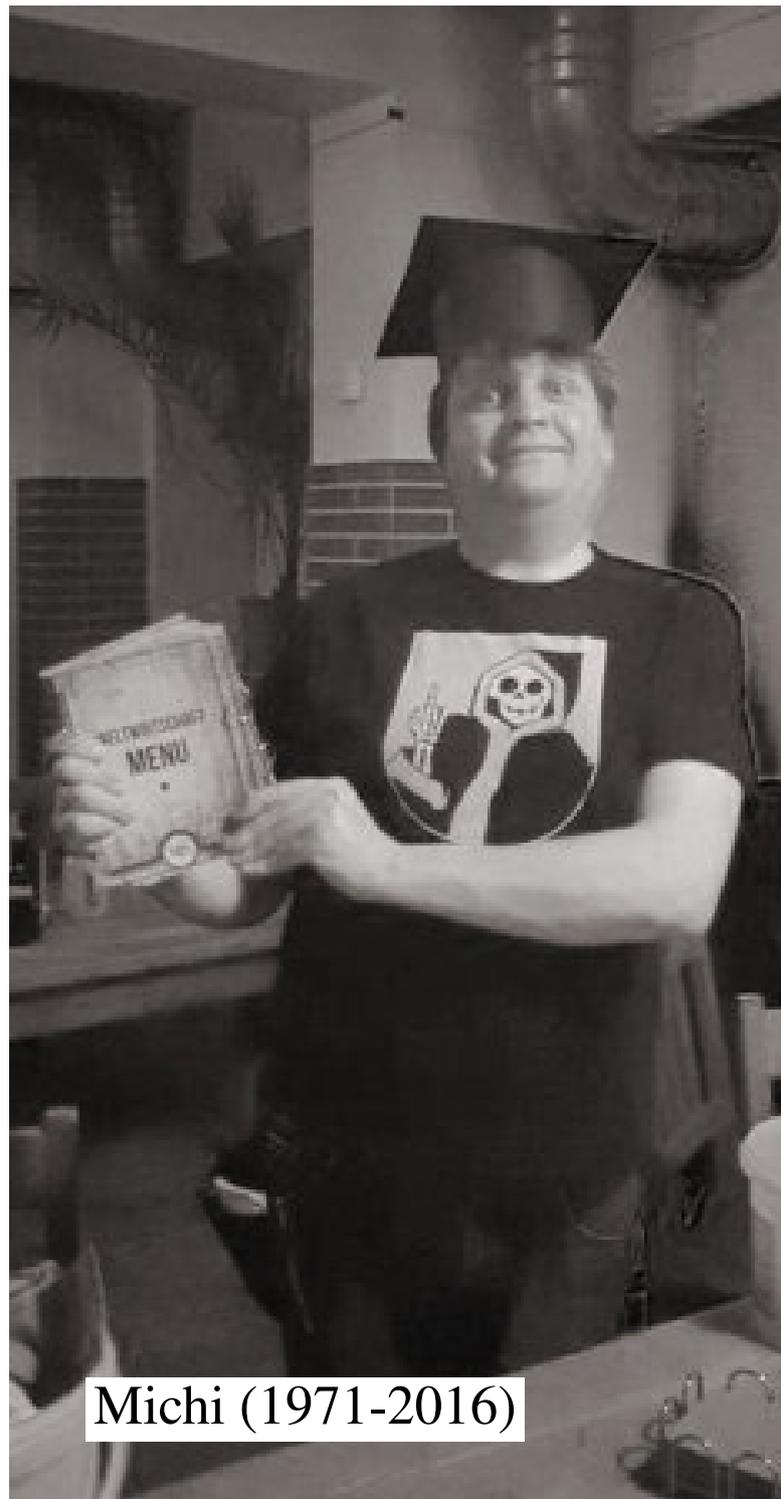
Highlight und feste Konstante nach den Gruppentreffen war die Afterhour in der Weltwirtschaft: Jeden Donnerstag begrüßte uns Michi – meistens leicht grummelig bis gestresst – und ließ uns oft nicht eher gehen, bis wir in den frühen Morgenstunden selbst das letzte Bier zapften. Oder er packte uns allesamt ein – inklusive eines Kastens Bier – und brachte uns auf die Theresienwiese. Mancher Donnerstag endete im Exzess oder anderen Kneipen und Orten, an denen Michi gerne war. Jedenfalls verbrachten wir viele, viele schöne Stunden an vielen Donnerstagabenden mit Michi, der ein guter Freund und ständiger Wegbegleiter der Karawane war.

Michi war bei allen Festen dabei und war, da bei uns der inoffizielle Teil (das Bier danach) immer schon fester und wichtiger Bestandteil unserer Plena war, das Karawane-Mitglied mit der vermutlich höchsten Anwesenheitsquote. Auch die Tatsache, dass wir nach jedem noch so kleinen oder frustrierenden und anstrengenden Treffen wussten, noch einen schönen Abend mit Michi verbringen zu können und die WeWi in eine Party zu verwandeln, auf der ausschließlich gute Musik läuft, hat zum Bestehen und Überleben der Karawane in schwierigen Zeiten wesentlich beigetragen. Uns fehlen diese Abende sehr.

Michi hat uns schöne Musik gezeigt, war immer ein toller Gesprächspartner und großer Fan der Karawane: Er hat immer begeistert von unseren Projekten gesprochen und Werbung dafür gemacht.

Der typische Einstiegsprozess in die Karawane-Afterhour sah so aus: Bei den ersten Anfangsfehlern – Radler nach zehn oder Pommes kurz vor elf bestellen – ernteten viele zuerst einen mürrischen Kommentar. Schnell stellten jedoch alle fest, dass Michi Berger einzigartig war in seiner Offenheit für die Menschen und seiner herzlichen Art. Jedes Mitglied unserer Gruppe war schnell special guest bei ihm in der Weltwirtschaft.

Wir vermissen unser Karawane-Ehrenmitglied und guten Freund Michi. Er fehlt hier sehr.



Michi (1971-2016)

Abschiebelager in Bayern und Protestcamp Bamberg

Im September 2015 wurden in Bayern zwei sogenannte Ankunfts- und Rückführungszentren (ARE) eröffnet – in Manching/Ingolstadt und in Bamberg, in denen anfangs vor allem Asylsuchende untergebracht werden, die aus den durch die Gesetzesverschärfungen 2014 und 2015 zu sicheren Herkunftsländern erklärten Westbalkan-Staaten kommen. Die Menschen in diesen Lagern werden marginalisiert, entrechtet und abgeschoben.

Dass in Bayern Sonderlager für Geflüchtete aus den Balkanstaaten errichtet wurden, deren offensichtliches Ziel es ist, Migrant*innen aus den Westbalkanstaaten abzuschrecken und immer mehr Menschen reguläre Asylverfahren zu verweigern, stellte eine Zäsur im Umgang mit schutzsuchenden Menschen dar und war ein Angriff auf alle erkämpften Errungenschaften in diesem Bereich, den wir zunächst nur schwer zu beantworten wussten. Als bekannt wurde, dass Bayern Menschen aus den Westbalkanstaaten- und damit auch viele Angehörige der diskriminierten Roma- Minderheit- aus isolierten Lagern abschieben möchte, ohne Ihnen Zugang zu Rechtsberatung zu ermöglichen, gab es einen öffentlichen Aufschrei. Effektiver Widerstand gegen die Verwirklichung der Pläne kam nicht zu Stande.

Ab Anfang 2016 fuhren Aktivist*innen aus München regelmäßig nach Manching und berichteten über die menschenunwürdigen Zustände dort, die die Dringlichkeit einer Intervention weiter verdeutlichten. Die Sonderlager stellten eine Verdichtung und Zuspitzung verschiedenster Formen der Diskriminierung Asylsuchender dar, gegen die wir seit Jahren kämpften: Die erzwungene Unterbringung in Sammellagern mit unzureichenden Unterbringungsstandards; Isolation und fehlender Zugang zu ausreichender medizinischer Versorgung, psychosozialer Unterstützung und rechtlicher Beratung; mangelnde Privatsphäre und fehlende Schutzräume für Frauen und Familien; beschleunigte Asylverfahren mit fast durchwegs negativem Ergebnis, ohne gründli-

che Prüfung der Einzelfälle; gesellschaftliche Ausgrenzung und fehlender Zugang zu Bildung – und letztlich die Abschiebung oder Nötigung zur Ausreise der Betroffenen. All dies wurde begleitet von einem aufgeladenen medialen Diskurs, der Problematisierung von Flucht und Migration und Debatten über die angebliche Gefahr durch die Anwesenheit der Geflüchteten an den jeweiligen Orten der Lager.

Aufgrund der relativ großen Entfernung zu den beiden Lagern in Bayern war ein starker Protest vor Ort für die Karawane dauerhaft jedoch nicht realisierbar und es stellte sich die Frage, wie ein öffentlich wahrnehmbares Zeichen gegen die Abschiebelager gesetzt werden konnte. Als uns Anfang 2016 die Einladung von Aktivist*innen aus Nordbayern erreichte, sich bezüglich eines möglichen Protestcamps gegen die Abschiebelager zu treffen, waren wir von Anfang an begeistert von dieser Idee. In den Folgemonaten entwickelte sich mit dem *Solidarity4all-Bündnis* ein breites überregionales Bündnis, dass die Durchführung eines viertägigen Protestcamps im August 2016 beschloss. Die ARE in Bamberg war ein Ort, an dem sich viele Widerlichkeiten der asyl- und migrationspolitischen Gesamtlage nach dem »Sommer der Migration« manifestierten: Ein isolierendes Lager-system, ständig stattfindende Abschiebung und die volle Härte der rechtlichen Einschränkungen aus den Asylrechtsverschärfungen seit 2014 für Menschen aus den sogenannten sicheren Herkunftsländern. Außerdem der sichtbare Erfolg der rassistischen Hetze der CSU gegen die als »Wirtschaftsflüchtlinge« diffamierten Menschen aus den Balkanstaaten und nicht zuletzt: Die reale Bedrohung für die in das Sammellager gezwungenen Betroffenen durch Naziterror, die durch die Aufdeckung von Anschlagsplänen und das Auffinden von Waffenarsenalen bei Bamberger Neonazis der Partei »Die Rechte« offensichtlich wurde. Daher waren aus unserer Sicht der Protest an diesem Ort und eine Solidarisierung mit den von verschiedensten Ausschlussmechanismen betroffenen Menschen in der ARE richtig und notwendig.

In monatelanger Arbeit hat das Bündnis mit wenigen Leuten, aber einer guten und solidarischen Struktur, ein viertägiges Protestcamp gegen das Abschiebelager ARE in Bamberg vorbereitet – mit all der Infrastruktur, die zu einem Camp gehört. Der Protest wurde von Seiten der Behörden von Anfang an mit massiver Repression und medialer Hetze überzogen und es wurde versucht, das Camp aus politischen Gründen zu verhindern.

Da die geeigneten Camping-Wiesen in Nähe der ARE städtische Wiesen waren, traten wir in langwierige Verhandlungen mit der Stadt Bamberg. Diese Verhandlungen platzten schließlich am letzten Tag vor dem geplanten Beginn des Camps und alle Kundgebungen in der Innenstadt und vor der ARE wurden durch Versammlungsbescheide verboten. Die Demonstrationen und Kundgebungen verlegte die Stadt alle auf einen Parkplatz an einer Schnellstraße. Sie versuchte damit, den Protest aus der Innenstadt zu verbannen. Als Begründung diente die haarsträubende Gefährdungsanalyse der Polizei: darin war von 2.000 gewaltbereiten Autonomen die Rede. Die Versammlungsbescheide enthielten außerdem Informationen zu den jeweiligen Anmelde*r*innen mit Unterstellungen und Behauptungen, um diese Gefahrenprognose zu untermauern. Aufgrund dieser Repressalien

mussten wir unseren Protest auf einen Parkplatz verlegen, während solidarische Anwalt*innen gegen die Bescheide klagten und Bamberger Aktivist*innen Schlafplätze organisierten.

Durch Verbote und Schikanen mussten wir sowohl die gesamte Infrastruktur als auch das Programm komplett umstrukturieren, was für die Organisator*innen extrem kräftezehrend und für viele, die anreisen wollten, demobilisierend war. Dennoch konnten wir in der Stadt sichtbar unseren Protest zeigen und kamen durch die Nähe zur ARE auch gut in den Kontakt mit Betroffenen aus dem Lager, die sich an unserem Protestcamp beteiligten. Wir führten verschiedene spontane Aktionen in der Innenstadt und vor der ARE durch und demonstrierten am Samstag mit 600 Menschen durch Bamberg. Entscheidend für uns war auch der gute Kontakt mit den Menschen aus dem Abschiebelager: Sie beteiligten sich teilweise mit spontanen Redebeiträgen an der ersten Kundgebung und verbrachten dann von Donnerstag bis Sonntag sehr viel Zeit mit uns zusammen auf dem Parkplatz. Wir halfen alle gemeinsam bei der VoKü, hörten und machten Musik, redeten und nahmen an Plena und Workshops teil.

Eine breitere Mobilisierung in der bundesweiten antirassistischen Linken und auch vor Ort gelang uns jedoch nur sehr eingeschränkt, was durch die massive Repression und Schikane durch Polizei und die Stadt Bamberg im Vorfeld bedingt war. Dieses Ausmaß an Einschränkungen der Versammlungsfreiheit, das wir in Bamberg erlebten, hätten wir so nicht einmal in Bayern für möglich gehalten und deutete auf ein planvolles Zusammenspiel von Innenministerium, Polizei und Verfassungsschutz zur Verhinderung des Protests hin. Denn wir lenkten die Aufmerksamkeit auf ein Thema, das die bayerische Politik gerne geräuschlos durchführen und als konsequente Asylpolitik feiern möchte. Doch die Erfahrungen dieser vier Tage in Bamberg zeigten uns nochmal deutlich die Realität der bayerischen Abschiebepolitik: Das Innere der ARE ist eine Art rechtsfreier Raum – nicht einmal die wenigen Rechte, die Flüchtlinge theoretisch noch haben sollten, werden dort umgesetzt. Das konnten Anwalt*innen



Solidarity4all – Demo in Bamberg zum Protestcamp, Aug 2016

dokumentieren, die während der Protesttage Beratung anboten. Die Struktur der Institution ARE machte es unmöglich, dass die Leute im Abschiebelager ihre Rechte wahrnehmen können. Nach dem Camp erlebten die Menschen aus der ARE, die sich am Camp beteiligten, weitere Repressionen.

Unser Protest in Bamberg war ein Baustein zwischen Kämpfen, die schon geführt wurden und Kämpfen, die kommen werden. Unser Protest fand unter schwierigen Bedingungen statt und dennoch haben wir versucht, das Beste aus der Situation zu machen. Die Entwicklungen seit dem Camp zeigen leider, wie notwendig der Protest gegen Abschiebelager weiterhin ist. Es gilt Strategien hierfür zu basteln und in die Praxis umzusetzen, aus neuen Fehlern und Erfolgen zu lernen und weiter zu machen. Das Modell der großen Sammellager, in denen Menschen mit einer vermeintlich geringen Bleibeperspektive untergebracht werden, wurde durch die CSU nicht nur in Bayern – etwa mit dem sogenannten Transitzentrum in Deggendorf – noch ausgeweitet, sondern ist mit der Übereinkunft im Koalitionsvertrag der aktuellen Bundesregierung auf die Errichtung sogenannten ANKER-Zentren nun auch zur Blaupause für die Bundespolitik geworden. Wir sehen täglich in Bamberg, Manching, Deggendorf, Donauwörth und anderswo, was die brutale Abschieberealität – die sich seit kurzem auch häufig durch massive Großeinsätze der Polizei in den Lagern manifestiert – für die Betroffenen bedeutet.

Widerstand gegen Abschiebelager, egal ob sie ARE, ANKER oder Transitzentrum heißen, muss die politische Maxime bleiben.

2017

Das Jahr war geprägt von Charterabschiebungen von Deutschland nach Afghanistan. So starteten fast monatlich von unterschiedlichen Städten (Frankfurt, München, Halle etc.) Flugzeuge in ein von Anschlägen und kriegerischen Auseinandersetzungen gezeichnetes Land. In München wurden zu diesem Anlass regelmäßig Demonstrationen und Kundgebungen vor dem Bayerischen Innenministerium organisiert, um gegen die unmenschliche Abschiebepaxis zu protestieren. Bei Abschiebungen, die vom Münchener Flughafen starteten, fand der Protest auch am Münchener Flughafen statt, wie z.B. am 31.05.2017. Bayern war bei diesen Abschiebungen immer federführend und hat die Durchführung der Abschiebungen am stärksten verfolgt und versucht, durchzusetzen. Die Abschiebetermine sind immer nur wenige Tage vor der Abschiebung durchgesickert. Dadurch konnten aber dennoch viele Menschen gewarnt und viele Abschiebungen verhindert werden.

Im Rahmen des bundesweiten »Welcome united«- Netzwerkes fand am 18.03.2017 eine Aktion gegen Abschiebungen am Flughafen statt. Insbesondere die Airline »Air Berlin« wurde in das Zentrum des Protests genommen, die bei den massiven Abschiebungen aus den Abschiebelagern als Komplizin die Flüge in die Balkanstaaten übernahm.

Zu der menschenverachtenden Unterbringung in den Abschiebelagern fand am 16.06. eine Demo in Tutzing vor der Sommertagung der Evangelischen Akademie in Tutzing statt, zu der auch der Bayerische Innenminister Joachim Herrmann eingeladen war.

Am 08.05 fand eine Abschiebungsanhörung mit einer Delegation aus dem Senegal auf dem Flughafengelände statt. Bei diesen Anhörungen soll die Identität festgestellt und Ausreisepapiere ausgestellt werden, damit der Abschiebung nichts mehr im Wege steht. Aus diesem Grund wurde eine Kundgebung angemeldet, um die Menschen die zu dieser Anhörungen gehen wollten, über die Gefahren aufzuklären.

Anlässlich des Besuchs der Bundeskanzlerin wurde ebenfalls zusammen mit der Oromo-Community am 23.05.2017 in Trudering eine Demonstration gegen Abschiebungen und für mehr Teilhabe veranstaltet. Anlass dafür war ebenfalls die aktuelle Situation in Äthiopien, wo das Volk der Oromo unterdrückt wird, die Opposition politisch verfolgt und eingesperrt wird und die Politiker der Europäischen Union bereits an einem Abschiebeabkommen mit Äthiopien arbeitet.

Ende Mai wurde die Deutsche Botschaft bei einem Anschlag in Kabul stark beschädigt, wodurch die Abschiebungen nach Afghanistan erst mal ausgesetzt wurden. Unter Federführung der CSU-geführten bayerischen Landesregierung wurde eine Weiterführung der Abschiebungen angestrengt, an der sich allerdings nicht alle Landesregierungen beteiligen wollten.

Es wurden weiterhin Straftäter, sogenannte »Gefährdern« und »hartnäckigen Identitätstäuschern« abgeschoben. Mit der Schaffung



Einfach mal die Fresse halten!

dieser extrem vagen Kategorien werden die Abschiebungen in ein Kriegsgebiet weiterhin gerechtfertigt und durchgeführt.

Mit der Entscheidung des Trägervereins des Eine-Welt-Hauses auf der Mitgliederversammlung, die Gruppe Salam Schalom nicht auszuschließen, und damit antisemitische Tendenzen weiter im EWH gewähren zu lassen, hat die Karawane München beschlossen, das Eine-Welt-Haus zu verlassen und in das Bellevue di Monaco umzuziehen.

Im Rahmen des »Welcome united«-Netzwerkes wurde vier Wochen vor der Bundestagswahl versucht, bundesweit auf die aktuelle menschenverachtende Asyl- und Ausgrenzungspolitik Deutschlands aufmerksam zu machen.

Am 07. September gab es einen Vortrag zu Alltagswiderstand und Solidaritätsstrukturen entlang der Balkanroute im Bellevue.

Am 09. September fand eine Demonstration gegen die menschenfeindlichen Positionen in der Asyl- und Migrationspolitik der deutschen Parteienlandschaft statt.

Und schließlich wurde am 16. September deutschlandweit zur Welcome United- Parade nach Berlin mobilisiert, um für eine solidarische grenzenlose Gesellschaft auf die Straße zu gehen und gegen den rassistischen Rechtsruck der Gesellschaft zu protestieren.

In der Diskussion am 16.10.17 zur »Militarisierung der Wüste: EU-Migrationspolitik im Sahelraum« wurde das Grenzregime Europas und seine starke Einflussnahme in den nordafrikanischen Ländern thematisiert, die angestrengt wird, um die Migration bereits weit vor der Festung Europas zu unterbinden.



Protest gegen Afghanistan-Abschiebungen vor dem Innenministerium, 2017

Mamah Idouwou, Präsidentin der Vereinigung der togoischen Frauen in Deutschland, zum 20. Geburtstag der Karawane

Für uns als kämpfende togoische Frauen hier in Deutschland, die aktiv sind bei der Vereinigung togoischer Frauen in Deutschland (AFTA), war der Kampf den wir mit der Karawane von 2002 bis 2005 geführt haben, wirklich etwas ganz Besonderes. Es war ein wirklich positiver Kampf, der für die togoischen Frauen und besonders für die togoischen Familien und auch für die togoischen Alleinstehenden in Deutschland und insbesondere in München viele Früchte eingebracht hat. Denn wir alle haben das Recht erlangt, hier zu bleiben.

Zuerst hatten wir keine Papiere, wir wurden als Menschen betrachtet, die hier illegal sind. Zu dieser Zeit war es wirklich schwierig. Wir hatten keine Papiere, nur einen Ausreisepass, das heißt ein Papier, das uns berechtigt, das deutsche Staatsgebiet zu verlassen. Die Früchte, die wir durch diesen Kampf geerntet haben, sind, dass wir alle das Recht erlangt haben, hier in Deutschland zu bleiben. Wir haben unseren Aufenthalt gewonnen, wir haben die Papiere bekommen, die es uns ermöglichen, hier in Deutschland zu arbeiten.

Wo befinden sich nun, mehr als 10 Jahre danach, diese Männer, Frauen und Kinder aus dieser Zeit? Ich kann sagen, dass diese Menschen hier sind. Hier in München oder auch woanders in Deutschland, und sie leben nun so wie die Deutschen. Davor mussten sie jeden Tag Angst haben und das Leben war schwierig. Jetzt, nach unserem Kampf, wo wir unseren Aufenthalt bekommen haben, das Recht, hier in Deutschland zu bleiben, haben diejenigen von uns, die es wollen, und die motiviert sind, voranzukommen, danach gesucht, Berufe zu lernen und Weiterbildungen gemacht. Viele haben Zeugnisse bekommen, die ihnen dabei nutzen, in ihrem Leben Fortschritte zu erzielen. Und es gibt auch unsere Kinder. Denn unsere Kinder wissen, dass wir damals in totaler Angst gelebt haben. Aber jetzt hat sich alles verändert. Wir

haben Papiere bekommen, zuvor lebten wir in Asylunterkünften, in Lagern. Mit den Papieren leben wir alle jetzt unter guten Bedingungen. Auch die Kinder haben jetzt keine Angst mehr. Sie leben so wie deutsche Kinder. Und sie alle haben sich in der Schule und anderswo weiterentwickelt, viele haben Abitur gemacht und studieren, und die, die noch kein Abi haben, machen gerade ihre Ausbildung, manche haben bereits ihren Abschluss. Manche haben sogar schon angefangen, zu arbeiten. Das Leben hat sich also wirklich verändert für diese Männer, Frauen und Kinder, die damals viel gelitten haben.

Es ist als hätten wir unser Leid vergessen, obwohl wir nicht vergessen haben. Wir können nicht vergessen, denn es war wirklich schwer. Dank dieses Kampfes geht es den Kindern jetzt besser und wir genießen das. Viele von uns haben auch Abschlüsse von zu Hause, wir sind mit unseren Abschlüssen gekommen, aber ohne Papiere kannst du nichts machen. Also konnten wir die Chance nicht nutzen, mit unseren Abschlüssen zu arbeiten. Und jetzt ist diese Chance nach 10 Jahren gekommen.

Mit unserer Organisation geht es immer weiter. Wir Frauen von AFTA halten und arbeiten immer zusammen. Und da es den Menschen in Togo gar nicht gut geht und es immer Probleme gibt, kommen auch weiter Leute hier an. Da es auch soziale Probleme gibt, tritt AFTA dann, wenn es zu viel wird, mit kompetenten Persönlichkeiten hier in Deutschland in Kontakt, um diese Probleme zu regeln.

Und wo sind die Personen geblieben, für die der Kampf nicht erfolgreich war, was ist aus ihrem Leben geworden? Nun, viele sind ins Heimatland zurück. Sie wurden abgeschoben und sie sind nicht unter den Bedingungen, wie sie es sich gewünscht hätten, in die Heimat zurückgekehrt. Also sind sie in der Heimat und sie leiden, weil es in Togo nach wie vor nicht läuft. Sie schweifen durch die Gegend, manche sind krank geworden, manche sind gestorben und mussten ihre Familien zurücklassen. Sie sind unter elenden Bedingungen verstorben.

Der afrikanischen Jugend, den Leuten, die für ein besseres Le-

ben hierher kommen, und die in den Lagern isoliert und immer noch von Abschiebung bedroht sind, möchten wir als AFTA, Vereinigung der togoischen Frauen in Deutschland, unseren Rat mit auf den Weg geben. Denn wir haben einen Verein gegründet, um unsere Rechte zu verteidigen, und wir hatten wirklich Erfolg gemeinsam mit anderen Organisationen, die sich für ein besseres Leben einsetzen, auch für ein besseres Leben für die Geflüchteten. Das war in Zusammenarbeit mit der Karawane, dem Flüchtlingsrat und anderen. Es gibt viele Organisationen, die den Menschen helfen, in ihrem Leben erfolgreich zu sein. Also gebe ich meinen Rat meinen Brüdern und Schwestern mit, die jetzt hierher kommen, um bei den deutschen Behörden Zuflucht zu suchen, sich zu mobilisieren, zusammen zu halten, sich zu organisieren, so wie wir es getan haben. Sie müssen kämpferisch sein wie wir!

Bei uns gibt es ein Sprichwort, das sagt: Wenn du auf einem Stuhl sitzt und dich ein Skorpion beißt, und du sagst nichts, du schreist nicht, wie soll dann jemand wissen, dass dich etwas beißt? Wenn du also aufstehst und deine Stimme erhebst, wirst du immer jemanden treffen, der dir im Leben hilft. Also darf man nicht schlafen, um ein besseres Leben zu erlangen. Man muss kämpfen, kämpfen, kämpfen und stark sein im Leben. Denn der Kampf ist noch nicht zu Ende. Der Beweis dafür ist, dass auch die junge Generation hier in Deutschland Zuflucht sucht. Bei uns in Afrika werden wir immer noch von unseren Diktatoren geplagt, die nicht aufhören, das Volk zu korrumpieren und unsere Reichtümer von unserer Erde zu rauben. Deswegen erleben die deutschen Behörden, dass die jungen Generationen weiterhin hierher nach Deutschland kommen und Zuflucht suchen, weil es ihnen überhaupt nicht gut geht. Wir fordern auch eine große Unterstützung von den deutschen Behörden, dass sie unseren afrikanischen Diktatoren die Wahrheit sagen, damit sie dem Volk in ihren Ländern die Freiheit geben und die Menschen in Frieden leben lassen. Vielleicht wird damit die Migration eines Tages abnehmen, so Gott will, inch'allah!

Das sind die Worte von Frau Mamah Idouwou, Präsidentin der Vereinigung der togoischen Frauen in Deutschland. Ich danke der Karawane noch immer!



Kundgebung vor der Erstaufnahme Baierbrunnerstraße in München, Nov 2010

Sans Papiers, Bleiberechtskämpfe, Lagerstreiks

Gedanken zu 20 Jahren Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und Migrant*innen

Die Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und Migrant*innen wurde 1998 gegründet – inspiriert von vorangegangenen Kämpfen und als Bündelung aktiver aber gesellschaftlich marginalisierter migrantischer, exilierter und antirassistischer Kräfte. 1998 – ein Deutschland, in dem die große Welle rassistischer Pogrome und Mordanschläge erst wenige Jahre zurückliegt, die 1993 für eine erdrückende Mehrheit von CDU/CSU und SPD willkommener Anlass war, das Grundrecht auf Asyl zu schleifen. Ein Deutschland, wo gerade wieder Wahlen anstehen, wo schon damals viel über Migrant*innen und Geflüchtete geredet wird – ganz besonders von den Unionsparteien, die ihre bröckelnde Hegemonie mit dem Gerede über »kriminelle Ausländer« und »Asylmissbrauch« zu verteidigen suchen - wo aber diejenigen, über die geredet wird, keine Wahl und vermeintlich auch keine Stimme haben. Aus dem benachbarten Frankreich dringen andere Töne herüber: 1996 haben Migrant*innen ohne Papiere begonnen »aus dem Schatten zu treten«. Sie nennen sich selbstbewusst Sans Papiers, besetzen Kirchen und öffentliche Gebäude, fordern unterschiedslos soziale Rechte und »Papiere für alle« und konfrontieren die französische Gesellschaft mit der Kontinuität der kolonialen Ausbeutung ihrer Herkunftsländer. Und sie schaffen es, ein breites Unterstützungsnetzwerk um sich zu sammeln und gleichzeitig ihre Autonomie und ihr Sprechen in eigener Sache souverän zu behaupten. Das elektrisiert auch in Deutschland so manche, denen sowohl derjenige Antirassismus, bei dem doch wieder vor allem weiße Deutsche unter sich bleiben, als auch die Politikformen maßgeblich auf Herkunftsländer fokussierter migrantischer Exilpolitik zu wenig sind. Gerade die anstehende Bundestagswahl 1998 fordert dazu heraus, rassistische Rhetorik nicht unwidersprochen zu lassen und auch in Deutschland

»aus dem Schatten zu treten«. Die Buskarawane unter dem entsprechenden Motto »Wir haben keine Wahl, aber wir haben eine Stimme« schafft eine in dieser Form nie dagewesene Aktionsseinheit: Gruppen wie The Voice Africa Forum, die in ostdeutschen Dschungellagern vor allem afrikanische Geflüchtete organisieren, Exilaktivist*innen u.a. aus Iran, Kurdistan, Togo und Sri Lanka, Feministinnen und Autonome, Nachkommen der Gastarbeiter*innengeneration... ziehen wochenlang durch über 50 deutsche Städte. Gerade weil es eine solche Stimme weit über eine einzelne Aktion braucht, gründen einige der Beteiligten die »Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen« als bundesweites Netzwerk. Einige der Gruppen von damals – auch das bemerkenswert im Verhältnis zur Kurzlebigkeit vieler linker Basisinitiativen – existieren über diverse Generationenwechsel bis heute. Ihre Geschichten sind ein reichhaltiger Pool der Generationszählung zu 20 Jahren deutscher Asyl- und Migrationspolitik, die im Kern immer auf Abwehr, Einhegung, Kontrolle und gesellschaftliche wie räumliche Isolation abgezielt hat und in entscheidenden Momenten auch nicht vor Toten zurückschreckt.

Immer wieder waren die Karawanegruppen ein Laboratorium von Bewegungspraktiken, die einiges vorweggenommen haben, was bis heute prägend ist für selbstorganisierte Kämpfe geflüchteter Menschen und antirassistischen Aktivismus: Der Karawane-Kongress im Jahr 2000 in Jena war der Startschuss für eine langanhaltende Kampagne des zivilen Ungehorsams gegen die Beschränkung der Bewegungsfreiheit geflüchteter Menschen – statt wohlfeiler Appelle an die politisch Verantwortlichen übertreten geflüchtete Protagonist*innen demonstrativ die ihnen gesetzten Landkreis-Beschränkungen und weigern sich unter Inkaufnahme von Haft, dafür Strafe zu zahlen. Anstatt sich mit Abschiebungen als Inbegriff der Ohnmacht gegenüber dem Behördenapparat abzufinden, haben Karawane-Gruppen – und v.a. die betroffenen Menschen selbst – in der Praxis Methoden erprobt, wie sich Abschiebungen zum Teil in letzter Minute verhindern lassen. Für die Karawane München war eine Sternstunde erfolgreichen



Aktionstage »Lagerschlussverkauf«, Abschlussdemo, Juni 2009

Handelns der Kampf um Bleiberecht und gegen Abschiebungen gemeinsam mit Aktivist*innen aus Togo, besonders mit der Vereinigung Togoischer Frauen in Deutschland (AFTA) in der Zeit zwischen 2002 und 2005: Obwohl asylrechtlich wenig zu holen schien und Anträge von Menschen aus Togo ohne ernsthafte Prüfung reihenweise abgelehnt wurden, konnte im Zusammenspiel mit Anwält*innen durch gezielten Druck auf die Münchner Behörden für eine beträchtliche Zahl von Menschen ein Bleiberecht durchgesetzt werden. Ein Erfolg, der nicht zuletzt spezifischen damaligen Münchner Kräftekonstellation geschuldet war, wo das Kreisverwaltungsreferat in der rot-grün regierten Stadt eine gewisse Scheu vor öffentlichem Imageschaden durch die Abschiebung von Familien mit Kindern hatte (siehe Interview Mamah Idowou).

Die darauffolgenden Jahre standen immer wieder im Zeichen der Unterstützung von Protesten und Streiks geflüchteter Menschen gegen unerträgliche Lebensbedingungen in bayerischen Lagern – lange bevor Refugee-Protestmärsche und Protestcamps plötzlich in vieler Munde waren. Und noch länger bevor es 2015 viele tausende flüchtende Menschen schafften, die europäischen Grenzen für eine kurze Zeit ein Stück zu öffnen und breite zivilgesellschaftliche Unterstützung zu mobilisieren, die sich die deutsche Regierung unter Angela Merkel als »deutsche Willkommenskultur« auf die Fahnen schreiben konnte.

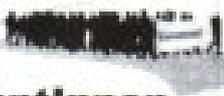
Nun, im Jahr 2018, ist von offizieller Seite keine Rede mehr von Willkommenskultur. Im Pingpong-Spiel mit der AFD und anderen europäischen Rechtsextremen geben Politiker*innen vom Zuschnitt Seehofer den Takt vor, für die Abschiebungen und Grenzschließungen um jeden Preis kein Imageproblem sind, sondern politisches Kapital, und Menschenrechte von Geflüchteten sowieso nurmehr lästiger Ballast sind. Aber gerade in diesem Klima begehren vielerorts geflüchtete Menschen erneut auf - besonders diejenigen, die in offiziellen und inoffiziellen Sonderlagern zur beschleunigten Abwicklung der Abschiebung mürbe gemacht werden sollen. Aus Ellwangen, Deggendorf, Bamberg,

Ingolstadt, Manching, Waldkraiburg, Donauwörth... dringen die Gegenstimmen gegen die Träume aller großen und kleinen Seehofers von »Ankerzentren« und außereuropäischen Auffanglagern. Es ist traurig, dass sich gerade auf dem Terrain der Asyl- und Migrationspolitik die Geschichte in der Endlosschleife einer tragischen Farce zu wiederholen scheint. Umso mehr seien zum 20. Geburtstag der Karawane den im Angesicht von Polizeigewalt und Hasstiraden aus CDU/CSU und AFD aufbegehrenden Geflüchteten Verbündete gewünscht, die dazu beitragen, ihren Chor der Gegenstimmen zu einem lautstarken Gewitter zu verstärken. Und sich dann vielleicht herausstellt, dass relevante Teile der Gesellschaft doch viel weiter sind, als es die lärmende Dominanz der Zeitzurückdreher*innen vermuten lässt.

Hans-Georg Eberl

Gründungsmitglied Karawane München

Die **Karawane** für die Rechte von **Flüchtlingen und MigrantInnen**



vom **14.08.98 - 20.09.98**

Ein breites Bündnis von Flüchtlings- und MigrantInnengruppen und antirassistischen Initiativen plant eine bundesweite Demonstration gegen die immer wiederkehrenden rassistischen Angriffe gegen Flüchtlinge. Diese Karawane wird am 14. August in Bremen starten, und in Köln am 20. September enden - ein Woche vor dem Bundestagswahltag. 8 Wochen lang werden wir von Stadt zu Stadt ziehen, mit großen politischen Aktionen in 40 Städten. Größere Kundgebungen werden wir in Bremen, Köln/Bonn und an einigen Stellen mit Schiffsüberfahrten, aber durch die dichtbesiedelten Teile Deutschlands wollen wir in Full-demonstration. Unser Ziel ist es, eine während der Wahlkampagne kräftig auf lokaler wie bundesweiter Ebene in die Politik einzustrahlen.

Die vorangegangenen Aufhebungen, die die CDU- und SPD-Politiker Anfang des Jahres ermöglichte der Annullierung der Karawane Flüchtlinge in Italien gemacht haben, geben uns einen Vorgeschmack auf die Haltung dieser Parteien gegenüber Flüchtlingen. Als Italien die Karawane, die an ihrem Küsten ankam als politische Flüchtlinge bezeichnet, bestand Deutschland darauf, sie seien »kriminelle Einwanderer« und griff die italienische Regierung an, weil sie ihre Grenzen nicht genügend absicherte waren. Nicht nur Flüchtlinge, auch andere MigrantInnen sind betroffen. Eindeutige politische Personen haben bereits offen erklärt, daß eine zweite Migrationsorganisation von der Wirtschaft nicht mehr gutgeheißen werden. Sie argumentieren damit, diese AgentInnen seien unqualifiziert, hätten keinen Respekt vor dem deutschen Gesetz, seien in deutschen Arbeitsstätten verweilt und nicht in die deutsche Gesellschaft integriert. Tatsächlich steigt die Zahl der Menschen, die ein Aufenthaltsrecht in Deutschland haben, aber aufgrund »krimineller Handlungen« abgeschoben werden, rapide an. Die Politik der Kriminalisierung ist eng verbunden mit der Abschubepolitik.

Während die Arbeitslosigkeit in Deutschland steigt, werden die Rechte immer weniger. Sozialer und opportunistischer Politiker werden das System und den Status quo verteidigen, indem sie versuchen, die herkömmliche Wut, die die Armen auf die Reichen haben, gegen die Flüchtlinge zu wenden. Die rechtsextremistische Bewegung von diesem Zeitpunkt an wird eine beträchtliche Resonanz in der deutschen

Protest zum CSU-Parteitag, Nov 2017



Gegen das Rückübernahmeabkommen mit Syrien, 2010



Refugees welcome – Antifaschistischer Protest in München, 09.11.2015

NOT SAFE – Ein subjektiver und kritischer Ein- und Ausblick in die gegenwärtige aktivistische Praxis

Was sind die aktuellen Themen und Kämpfe, die die aktivistische Praxis der Karawane München beeinflussen und formen? Dieser Frage wollen wir uns im folgenden Artikel annähern. Dies geschieht aus der subjektiven Perspektive der Autorinnen heraus, die keinen Anspruch erheben für alle Mitglieder und Ohneglieder der Karawane München zu sprechen. Nichtsdestotrotz sehen wir in dieser kritischen Selbstbefragung und Reflexion ein notwendiges Werkzeug, um die gegenwärtige aktivistische Praxis für Außenstehende genauso wie für uns selbst nachvollziehbar zu machen und somit zur Verortung des eigenen Handelns beizutragen.

Rückblick über Abschiebepaxis und Proteste

Seit im Herbst 2016 im Zuge stetiger Verschärfungen in der Asyl- und Abschiebepolitik von EU, Bund und Ländern das deutsch-afghanische Rücknahmeabkommen sowie eine entsprechende EU-Vereinbarung abgeschlossen wurden, beschäftigt sich die Karawane München intensiv mit dieser Thematik. Mittels finanziellem Druck wurde die afghanische Regierung in die eigene Abschiebepolitik eingebunden. Sie soll demnach die Umsetzung europäischer Ziele, wie regelmäßige Abschiebeflüge und die langfristige Rückführung von 80 000 Menschen, ermöglichen. Seit der erste Abschiebecharter am 14.12.2016 vom Flughafen Frankfurt nach Kabul abhob, folgten – bis zum jetzigen Zeitpunkt – zwölf weitere Sammelabschiebungen von Deutschland nach Afghanistan. Lediglich nach dem schweren Anschlag auf die deutsche Botschaft in Kabul, mit mehr als 150 Toten und über 400 Verletzten im Mai 2017, wurden die Abschiebungen kurzzeitig ausgesetzt.

Mit Horst Seehofer als Innenminister sind ein Wandel im aktuellen Afghanistan-Kurs und ein ausnahmsloser Abschiebestopp

für Afghanistan nicht zu erwarten. Hierbei wird die gegenwärtige, katastrophale Sicherheitslage, die auch aus dem Bericht der UN-Mission in Afghanistan UNAMA vom Februar 2018 sowie dem neuesten Lagebericht des Auswärtigen Amtes vom 31. Mai 2018 eindeutig ersichtlich ist, bewusst ignoriert. Lebensgefahr und Perspektivlosigkeit für die Abgeschobenen werden eiskalt in Kauf genommen – für eine Politik der harten Hand, der rassistischen Hetze und für die Steigerung von Abschiebezahlen.

Gemeinsam mit dem Bayerischen Flüchtlingsrat setzte sich die Karawane München das Ziel, jedem Abschiebeflug nach Afghanistan eindeutigen Protest entgegenzusetzen und Strukturen zu schaffen, die kritischen Bürger*innen Raum geben, ihren Unmut kundzutun. Bisher fanden, je nach Abflugort, Demonstrationen und Kundgebungen in der Innenstadt oder direkt am Münchner Flughafen statt.

Im Winter 2016/2017 wurden die ersten Abschiebungen nach Afghanistan in weiten Teilen der Gesellschaft noch als Tabubruch in Sachen Menschlichkeit gesehen. Unter großer medialer Aufmerksamkeit fanden in München und vielen anderen Städten große Demonstrationen parallel zu den Abschiebeflügen statt.

Zum einen war der sichtbare und breite Protest motivierend und ließ kurzzeitig an einen direkten Einfluss des zivilgesellschaftlichen Widerstands auf die politische Debatte glauben. Zum anderen war und ist besonders bei den Demonstrationen am Flughafen ein Gefühl der Ohnmacht zu spüren. Schließlich ist klar, das Flugzeug wird abheben, egal wie laut wir schreien.

Nach der Abschiebepause und dem Beschluss im Juni 2017 »nur« noch »Straftäter«, »hartnäckige Identitätsverweigerer« sowie »terroristische Gefährder« abzuschicken, verlor der Protest deutlich an Fahrt. Die öffentliche Empörung und das mediale Interesse gingen stark zurück. Die Teilnehmerzahlen gegen die wieder monatlich startenden Abschiebecharter pendelten sich auf etwa einhundert Personen aus Helfer*innenkreisen und der Antirasszene ein. Die perfide Legitimierung von Abschiebungen von bestimmten Personengruppen stellte sich als ein geschickter



Protest gegen Abschiebungen nach Afghanistan, Demo München, April 2018

Schachzug der Regierung heraus. Ausschließlich »Straftäter«, »terroristische Gefährder« und »hartnäckige Identitätsverweigerer« abzuschieben, widerspricht der Logik eines Rechtsstaats, in dem Strafverfolgungs- und nicht Ausländerbehörden eine Bestrafung vornehmen und ist leicht als Vorstoß eines rechten Populismus zu entlarven.

Gerade weil Forderungen nach einem »starken Staat« und einer harten Abschiebepolitik aus immer weiteren Teilen der Gesellschaft kommen und sich auch zunehmend in der Medienlandschaft etablieren, ist unser Widerstand unabdingbar! Gleichzeitig zehren die monatlichen Demonstrationen an den Ressourcen der veranstaltenden Gruppen, Fragen des Wirkungsgrades dieser Protestform drängen sich auf und es wird deutlich, dass das Thema Afghanistan-Abschiebungen seit eineinhalb Jahren einen Großteil der Kapazitäten der Karawane in Anspruch nimmt. Aus antirassistischer Perspektive muss nachgehakt werden, wie dieser länderspezifische Fokus entstanden ist, warum er vielleicht Sinn macht, ob man ihn aufrecht erhalten oder sich davon abwenden sollte.

Aktivismus zwischen Reagieren und Agieren

Das übergeordnete Ziel der Karawane München ist es gemeinsam mit Gruppen und betroffenen Einzelpersonen aus den jeweiligen Communities Proteste und Kämpfe zu organisieren. In München und Bayern leben viele Menschen aus Afghanistan. Unsere intensive Auseinandersetzung mit Afghanistan ist maßgeblich durch die Zusammenarbeit mit aktivistischen, afghanischen Akteur*innen aus in München und Bayern gewachsen.

Zudem nehmen wir an, dass einem großen Teil der Öffentlichkeit bewusst ist, dass es sich bei Afghanistan um ein Land im Kriegszustand handelt und ein Leben in Sicherheit dort nicht möglich ist. Dies ließ zunächst auf einen erfolgversprechenden, breiten Protest hoffen, der realpolitische Relevanz haben könnte. Diese Annahme hat sich nicht bestätigt. Aktuell hat die Bundesregierung mit Bezug auf den neu erschienenen Lagebericht des Auswärtigen Amtes die Beschränkungen für Abschiebungen von

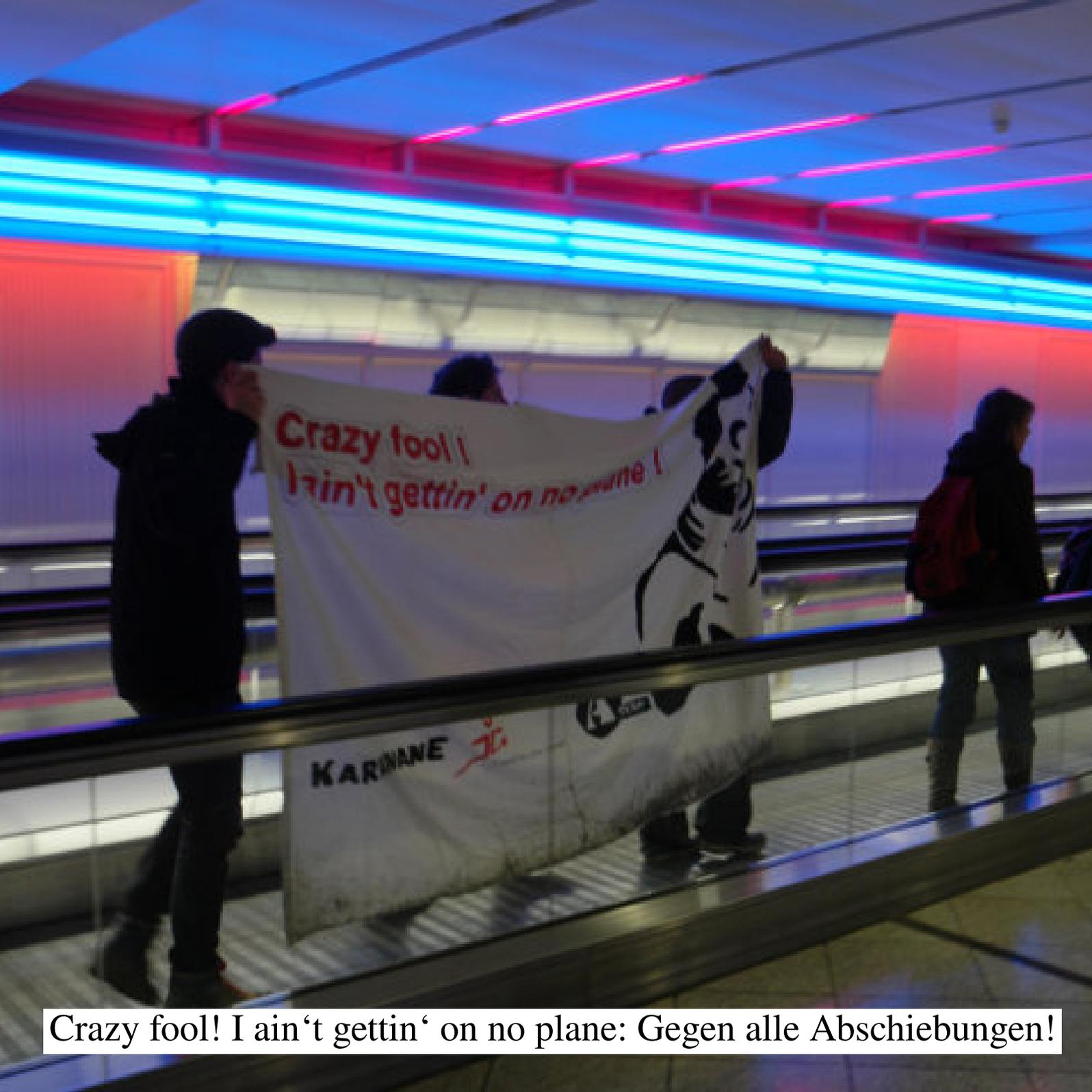
»Straftätern« und sogenannten »Gefährdern« sowie »hartnäckigen Identitätstäuschern« wieder aufgehoben. Das Erlangen eines generellen Abschiebestopps ist damit in weite Ferne gerückt.

Für uns stellt sich die Frage, ob wir weiterhin jeden Abschiebeflug mit einer Demonstration begleiten können oder ob andere Protestformen zielführender sind.

So stellt die Unplanbarkeit, aber auch die Regelmäßigkeit der Aktionen ein Problem für unsere Struktur sowie den Protest dar. Da erst nach der meist kurzfristigen Bekanntgabe der Abschiebetermine geplant und mobilisiert werden kann, sind größere Demonstrationen mit einer breiteren Reichweite kaum zu realisieren. Des Weiteren müssen in einem kurzen Zeitraum ad hoc Ressourcen unsererseits abrufbar sein. Ferner drängt sich das Bild auf, nur noch auf die Taktung der perfiden Abschiebemaschinerie zu reagieren anstatt den Protest selbst zu gestalten.

Aber gerade jetzt, in einer Zeit in der die Forderungen nach konsequenter Durchführung von Abschiebungen um jeden Preis, die Kriminalisierung von Flucht und der Inanspruchnahme des Rechts auf Schutz durch Asyl Einzug in den öffentlichen Diskurs halten, scheint es uns unabdingbar, nicht einzuknicken und diesen menschenverachtenden Anschauungen die Forderung nach einer offenen und solidarischen Gesellschaft, für das Recht auf Freizügigkeit für Alle und für das Recht zu bleiben, entgegenzusetzen.

Um eine breitere Öffentlichkeit und Akteur*innen außerhalb des antirassistischen Spektrums wieder für das Thema »Afghanistan-Abschiebungen« zu sensibilisieren und weitere Protestformen zu etablieren, starteten wir im April 2018 eine Banneraktion. Das NotSafe-Bündnis rief dazu auf, an den Tagen der Abschiebeflüge Banner mit der Forderung: »Keine Abschiebung nach Afghanistan« aufzuhängen und sich damit klar gegen die Abschiebepolitik der Bundesregierung zu positionieren. Circa 40 verschiedenste Vereine, Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen haben durch das Aufhängen der Banner ein sichtbares Zeichen im öffentlichen Raum gesetzt und sich solidarisch mit den



Crazy fool! I ain't gettin' on no plane: Gegen alle Abschiebungen!

Betroffenen gezeigt. Des Weiteren ist im Juli 2018 eine Konferenz des Bündnisses geplant, um Vernetzung voranzutreiben, Informationen auszutauschen sowie unterstützende und beratende Strukturen besser zugänglich zu machen.

Die Fokussierung auf den Kampf gegen Abschiebungen nach Afghanistan zieht berechtigter Weise kritische Fragen nach sich. Zwar deuten wir diesen Kampf als stellvertretend für alle Bleiberechtskämpfe, trotzdem nehmen wir dadurch in Kauf, von anderen Communities als parteiisch für eine spezifische Gruppe wahrgenommen zu werden. Entsprechend ist die Gefahr groß, dass sich andere Personen mit ihren Kämpfen und Belangen nicht repräsentiert fühlen.

Weiterhin birgt der spezifische Kontext der Afghanistan-Abschiebungen auch argumentative Fallstricke. So muss kritisch reflektiert werden, dass die Argumentation: »Abschiebungen nach Afghanistan sind aufgrund der länderspezifischen Kriegssituation zu verurteilen«, in einem fehlgeleiteten Umkehrschluss die Aussage nach sich zieht, dass Abschiebungen in anderen Kontexten legitim wären.

Zudem macht uns die gegenwärtige Lage immer deutlicher, welchen Themen und Kämpfen wir aktuell nicht ausreichend Aufmerksamkeit und vor allem Kapazitäten widmen beziehungsweise widmen können. Wie zum Beispiel der rigorosen Beschneidung eines selbstbestimmten Lebens in der Isolation der sogenannten Transitzentren, die als Vorbild für die geplanten Ankerzentren fungieren und in denen das Recht auf Asyl durch beschleunigte Verfahren ausgehöhlt wird. Oder auch die zunehmenden, starken Repressionen gegen Geflüchteten-Proteste. Und damit sind nur die »innenpolitischen« Vorkommnisse angeschnitten. Mit Blick auf das »außenpolitische« Agieren der Regierung müssen die Abschiebeabkommen mit unterdrückenden Regimen genauso genannt werden, wie die dadurch entstehende desaströsen Bedingungen für Geflüchtete in den Dublin- und Transitstaaten entlang der Fluchtrouten.

Der vermeintlich aus der Bevölkerung formulierte Forderung

nach einem Erstarken der Nationalstaaten wird im gegenwärtigen formalpolitischen Kontext vor allem durch entmenschlichende rassistische Diskurse und Praktiken auf dem Rücken von geflüchteten Personen ausgetragen. Die Fluchtgründe werden dabei ausgeblendet und sich somit der Verantwortung gegenüber den Problemen, die ein kapitalistisches System und seine Lebensweise verursacht, entzogen.

Demzufolge sehen wir die dringende Notwendigkeit der Fusion von antifaschistischen, antirassistischen sowie antikapitalistischen Kämpfen und Energien: #REVOLUTION.

IMPRESSUM

Herausgeber:

Karawane München
Für die Rechte der Flüchtlinge und Migrant*innen!
c/o Bellevue di Monaco
Müllerstraße 2-6
80469 München

mail: kontakt@karawane-muenchen.org
web: karawane-muenchen.org
facebook: <https://www.facebook.com/karawane.muenchen/>
twitter: https://twitter.com/cara_089

Spendenkonto

Bayerischer Flüchtlingsrat
Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE89 7002 0500 0008 8326 02
BIC: BFSWDE33MUE (München)
BLZ: 700 205 00
Konto Nr: 88 32 602

Verwendungszweck: Spende Karawane Muenchen

Auf Wunsch kann eine Spendenquittung ausgestellt werden. Wir bedanken uns bei allen, die zu der Broschüre beigetragen haben. Insbesondere für die Interviews mit Lamine, Arash, Akeem, Arezu und Mamah Idouwou. Ganz herzlich möchten wir uns beim Netzwerk München und dem Kurt-Eisner-Verein für die finanzielle Unterstützung für Druck und Umsetzung der Broschüre bedanken.

Druck: Druckwerk München, Druckereikollektiv

Auflage: 1000 Stück

™Karawane München, Juni 2018

